

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zelcher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7903.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 42.

Sonnabend, den 17. Oktober 1908.

12. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Große Unstimmigkeiten unter den Christlichen. — Die Gewerkschaftler und die Landtagswahlen in Hessen. — Ausbau der Unternehmerorganisation und ihre Kampfweise. — Va banque spielte Herr Köhler. — Aus einer kleinen Residenz. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Korrespondenzen. — Mundschau. — Literarisches. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressenänderungen. — Quittung. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Die Einheit der politischen Arbeiterbewegung. — Eine kritisierte Kritik. — Verhältnisse in Nord und Süd. — Zur Aussperrung in Hannover. — Die Gewerkschaften 1907. — Feuilleton: Kunststeine aus Dachziegelabfällen. Zu spät.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret sind: Viesefeld: Firma Kronenberger. — Mühlhausen (Elsaß): Plaz Klerzi. — Hagen i. Westf.: Firma Rüpper. — Vauhan i. Schles.: Firma Donath. — Goldbach i. Schles.: Firma Kolkmeier. — Horla i. Sachsen: Firma Karl Sparmann u. Ko. — Halle a. S.: Die Firmen Zimmermann und Wendenburg. — Gölitz: Firma Scholz. — Schwerin (Mecklb.): Neubau Krefit.

Koblentz. Nach eintägigem Streik wurde unsere Lohnbewegung erfolgreich beendet. Der Stundenlohn wurde um 5 Pfg. erhöht, die Arbeitszeit täglich um eine Stunde verkürzt.

Hof (Bayern). Die Kollegen der Firma Deubner traten am 1. Oktober in den Streik. Es kommen Marmorarbeiter in Frage.

Hannover I. Die Berliner Firma Wimmel u. Ko. will am Rathausbau hiesige Steinwezen entlassen und sucht vermutlich auswärtige Kräfte heranzuziehen. — Die Differenzen bei der Firma Menning sind beigelegt.

Verden und Samelbrunne a. Deister. Da die Firma Chr. Wenzing jede Unterhandlung über Einführung eines Tarifes ablehnte, haben die Kollegen in beiden Brücken die Arbeit niedergelegt und sind zum größten Teil abgereist.

Wienbach (Baden). Sämtliche Steinhauer, Brecher und Tagelöhner der Firma Lachenau stellen die Arbeit ein infolge Lohnreduzierung von 10 bis 12 Prozent.

Bad Nibina. Die Platzsperrung wirkt; alle Liebesmüh, im Ausland Steinarbeiter anzuwerben, war bisher umsonst. Zugang mag nach wie vor streng ferngehalten werden, bis die Firma bereit ist, ein Entgegenkommen zu zeigen. Die Steinarbeiter von Italien und Oesterreich-Ungarn sind auf diese Notiz besonders hingewiesen.

Gefrees. Die Firma Haberstumpj hat, angeblich aus Arbeitsmangel, unseren Vorstandsmitgliedern gekündigt. Sie willert in denselben die Artikelschreiber in Nr. 38 unseres Fachblattes.

Wandberg und Metten. Der Streik dauert weiter.

Oesterreich. Differenzen bestehen in Bodenbach, Kamnitz, Heinrichsgrün, Gölkau, Schwarzbrenn, Neuhaus, Wien und Deutsch-Altenburg.

Schweiz. Gesperret sind für Sandsteinhauer die Orte: Angeri, Wenzingen, Mägenwil, Othmarsingen, für Kunststeinarbeiter: Chaux-de-Fonds, Morchach sowie für Marmorarbeiter: Goldach. — St. Margarethen. Die Steinbruchgesellschaft ist gesperrt.

Ungarn. Sopron, Fiume und Eszsed sind gesperrt.

Grosse Unstimmigkeiten unter den Christlichen.

Gegen die Drahtzieher in den evangelischen Arbeitervereinen machen die Arbeiter in den führenden Stellungen mobil. Bekanntlich sind es Pastoren und sonstige merkwürdige Arbeiterfreunde, die die Oberleitung in den evangelischen Arbeitervereinen haben, und die scharf darauf achten, daß die Mitglieder in echt christlicher Demut und Unterwürfigkeit ihr erbärmliches Erdenlos tragen. Diese Verhinderungsmethode hat aber nicht verhindern können, daß auch in diese Vereine etwas sozialer Geist der Neuzeit hineingekommen ist. Die evangelischen Vereinsmitglieder kommen in den Betrieben mit modern denkenden Gewerkschaftlern zusammen und werden von diesen über ihre Klassenlage, über ihre traurige Rolle, die sie in den evangelischen Vereinen spielen, aufgeklärt. Wenn diese Aufklärungsarbeit auch nicht die sofortige Wirkung hat, daß nun die evangelischen Vereinsmitglieder diesen Vereinen schleunigst den Rücken kehren, so doch aber die, daß sie sich nicht mehr so ganz als willenlose Schafe führen lassen. Sie wollen im Vereinsleben ein Wort mitreden, wollen über ihr Geschick mitentscheiden. Das hat dazu geführt, daß die evangelischen Vereine Arbeiter in die Vorstände wählten, Unterstützungsvereinigungen schufen und dergleichen mehr, nur um einer allgemeinen Mitgliederflucht zu steuern. Bedeutung werden diese Vereine sowieso keine erlangen, mögen sie noch so sehr mit ihrer Mitgliederzahl prunken. Wie tief der Zwiespalt in den Vereinen ist, weil ein Teil Mitglieder die Führerschaft der Pastoren und sonstiger sozialen Quackfalter satt hat, geht aus einem Artikel hervor, den ein Arbeiter im Vereinsblatt: Die Arbeit veröffentlicht, worin er sich mit dem hiesigen Delegiertentag beschäftigt:

„Der hiesige Delegiertentag hat manchem unter uns die Augen geöffnet, zu sehen, wo eigentlich der Feind der Gleich-

berechtigung der Arbeiter sitzt. Noch mehr aber haben uns die Begleiterscheintungen gezeigt, welcher Geist in manchen Akademikerkreisen, die bisher in den evangelischen Arbeitervereinen führend sind, herrscht. Die oberste Leitung meint es gewiß gut mit uns Arbeitern. Trotzdem war meines Erachtens die Tagung in Halle ein Mißtrauensvotum gegen den intelligenten, vorwärtsstrebenden evangelischen Arbeiter. Ein Teil der Akademiker sieht seine wichtigste Aufgabe darin, die Arbeiter fortwährend als Kinder zu behandeln, die gepflegt und gehegt werden müssen. Was haben sich unsere Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre nicht alles sagen lassen müssen? Die Stimmung ist und war wirklich so, daß man sie dahin wünscht, wo der Pfeffer wächst. Man lese die Berichte der evangelischen Arbeitervereinsblätter, die Akademiker geschrieben, durch, und man wird finden, daß die zum erstenmal in stattlicher Anzahl an einem Delegiertentag evangelischer Arbeitervereine teilgenommenen Arbeiterführer sehr schlecht und ungerecht beurteilt werden. Als Störenfriede, die im Trüben fischen wollten, galten und gelten sie allseits. Die Stimmung gewisser Kreise gegen die christlichen Arbeiterführer kommt drastisch in einem Artikel über Halle zum guten Ausdruck, den der Geschichtsschreiber der evangelischen Arbeitervereine, Herr Pfarrer Just (Breslau) in dem Organ der evangelischen Arbeitervereine von Schlesien geschrieben hat. Und der Ostpreussische Arbeiterbote, Redakteur Pfarrer Graf, druckt das Geschreibsel ohne Kommentar ab. Man lese und staune:

Man hat in Halle zu kämpfen gehabt gegen einen unsichtbaren Feind, gegen Mächte, die selber nicht auf dem Plane erschienen, sondern einzelne Vertreter entsandten, die mit gebundener Marschroute marschieren mußten. Nicht nur die christlichen Gewerkschaften, sondern auch die sich als deren Protektoren aufspielende christlich-soziale Partei haben in Halle versucht, den Gesamtverband zu überumpeln. . . . Man hatte es leichter gedacht, als es war; denn auch wir haben doch die Augen geöffnet; und man hatte zumeist als Vertreter dieser Richtung Leute gesandt, denen es an dem richtigen Spürsinn fehlte, so daß sie nicht merkten, woher der Wind wehte. Wie Kinder, die ein eingelerntes Verschen bei jeder Gelegenheit aufgaben, hatten sie sich ihre Neben ausgearbeitet, und hielten sie nun, ganz gleich, ob sie pakteten oder nicht, und der Schlußrefrain, der nach ihrer Absicht vom ganzen Chor mitgegeben werden sollte, hieß immer wieder: Werdet christlich-sozial und christliche Gewerkschaftler! . . . Diese unermüdliche und staunenswerte Unversöhnlichkeit, mit der man immer wieder versuchte, an irgendeinem Punkte das Schiff zu fassen und das Schiff zu lenken, hat die Hallenser Tagung unerquicklich gemacht.

Das ist nur ein kleiner Auszug. Was soll man dazu sagen? Sobiel Worte, sobiel Unwahrheiten und Verleumdungen! Ich verstehe nicht, daß die Arbeit dies nicht schon längst niedriger gehängt hat. Und so etwas schreibt der Geschichtsschreiber, der doch objektiv sein soll, der Arbeitervereine. Herr Pfarrer Just stemmelt die Arbeiterführer zu willenlosen Werkzeugen, die von Drahtziehern geführt werden. Weiter läßt er zum Schluß des Artikels durchblicken und erhebt ernstlich die Forderung, daß solche Elemente nicht mehr als Delegierte gewählt werden sollten. Werte Kollegen! Ich denke, die Arbeiterführer besitzen noch einen Funken Ehregefühl. Ihr habt gesehen, wie man Euch beurteilt. Der intelligente Teil der evangelischen Arbeiter, und das sind doch die Arbeiterführer, denn sonst würden sie von ihren Kollegen nicht auf den ehren- und dornenbesetzten Posten, der Anwalt und Freund und Berater der Arbeiter zu sein, gewählt worden sein, wird mit Mißtrauen und Verleumdungen von einem gewissen Teil der Akademiker empfangen und überschüttet. Diese Kreise wollen nicht die evangelischen Arbeiter als vollwertig in den evangelischen Arbeitervereinen anerkennen, denn sonst würden sie die Arbeiterführer anders behandeln. Diese Kreise schädigen dadurch die evangelischen Arbeitervereine in den Augen der Arbeiter und der ehrlichen Arbeiterfreunde ganz enorm und bringen sie gewaltsam um jeden Kredit. Diese Herren betrachten die Arbeitervereine als willenloses Spielzeug für ihre persönlichen Geschäfte.

Sie wollen keine andern Götter neben sich dulden? Warum sollen wir uns im Kampfe mit vorstehenden Herrschaften aufreiben? Ich mache ernstlich den Vorschlag, die Herren unter sich zu lassen: die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre und sonstige ehrliche Arbeiterfreunde, Sozialpolitiker bleiben den Delegiertentagen fern. Wenn es dann wieder so weit kommt, wie 1900, wo man in Erfurt schon der Behandlung der Gewerkschaftsfrage um der Einheit willen aus dem Wege gehen wollte, weshalb damals ein soziales Blatt schrieb: „daß die Sozialpolitik und Selbstständigkeit der evangelischen Arbeitervereine gewaltsam um allen Kredit gebracht werden“, dann sind wir schullos.“

Kredit haben diese Vereine sowieso keinen. Sie sind ja doch nichts anderes als das Spielzeug ehrgeiziger Leute, die Arbeiterführer spielen und ein wenig in Sozialpolitik machen wollen.

Auch die katholischen Gewerkschaftler und Arbeitervereiner haben erst kürzlich wieder Krach unter sich gekriegt. Wie entstand nun dieser Streit? Ganz einfach so:

Die katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) haben eine Abordnung an Papst Pius X. gesandt mit einer Suldigungsadresse und einem Peterspfennig im Betrage von 25 000 Lire. Der Papst dankte für die Glückwünsche und die Geldspende, vor allem aber deshalb,

weil Ihr in Eurem Verband gemäß den kirchlichen Prinzipien arbeitet unter kirchlicher Autorität und dadurch Euch den Frieden des Gewissens und die irdische Wohlfahrt verbürgt. So bleibt Ihr einig und seid sicher, den rechten Weg zu gehen und Ihr habt an der kirchlichen Autorität einen zielbewußten Führer und Verteidiger Eurer mit Gerechtigkeit und Liebe in Einklang stehenden Grundzüge. Ich freue mich, daß Ihr mit Gelegenheit gebt, Euren Gehorsam gegen die kirchliche Autorität anzuerkennen und zu loben. Galtet fest die große Wahrheit, daß die Kirche verteidigt, beschützt und fördert Handwerk und Gewerbe und denkt daran, daß wo der Herr nicht das Haus baut, die Arbeiter umsonst bauen.

Die Arbeitervereine der Berliner Richtung sind bekanntlich Gegner der interkonfessionellen Gewerkschaften; als einzig richtige wirtschaftliche Vertretung der Arbeiter gilt ihnen die Fachabtei-

lung innerhalb der katholischen Vereine, so daß also auch die gewerkschaftlichen Bestrebungen der geistlichen Leitung und der bischöflichen Kontrolle unterstehen. Der Eifer, mit dem der Papst diese ihre Anschauungen und Bestrebungen lobt, klingt den München-Blabbachern nicht gerade angenehm in den Ohren. Welcher Art übrigens die Stellung des Papstes zur Arbeiterfrage ist, ergibt sich aus den Schlussworten seiner Ansprache:

Ich danke Euch nochmals und wünsche, daß Ihr mit dem bisherigen Mut auch fernerhin dem Vaterlande und den Familien dient. Jeder Arbeiter, der zufrieden ist mit seinem Lose, findet die Ruhe und den Frieden des Gewissens. Sagt allen Mitgliedern, wenn Ihr nach Hause kommt, daß der Papst Euch wohl will.

Da sieht man wenigstens, weshalb der Papst Wert darauf legt, daß die katholischen Arbeiter sich der kirchlichen Autorität fügen. Mit solchen Grundzügen kann die Kirche sicher sein, daß ihr die Gunst der staatlichen und kapitalistischen Machthaber in alle Zeit erhalten bleibt. Denn was kann sich die bürgerliche Gesellschaft für einen besseren Helfer zur Unterdrückung der Arbeiterklasse wünschen, als eine Kirche, deren Oberhaupt die Ruhe des Gewissens davon abhängig macht, daß der Arbeiter unter allen Umständen zufrieden mit seinem Lose ist.

Was aber soll man von Arbeitern denken, die solche Worte wie eine Offenbarung aufnehmen, die sich willig fügen unter eine solche „Autorität“ und damit Verzicht leisten auf jedes Streben nach höherer Entwicklung ihrer Persönlichkeit und ihrer Klasse!

Die christlichen Gewerkschaftler sind über die Aeußerungen des Papstes sehr wenig erbaut, denn die Worte den Berliner Arbeitervereiner gegenüber: Ihr seid sicher, den rechten Weg zu gehen, nützten diese weiblich aus. Die guten Christen werden noch lange zu tun haben, um die Differenzen unter sich beseitigen zu können.

Die Gewerkschafter und die Landtagswahlen in Hessen.

Im Großherzogtum Hessen finden am 28. d. Mts. die Wahlmännerwahlen zu den Erneuerungswahlen für die auscheidende Hälfte der Abgeordneten der Zweiten Kammer statt. Es handelt sich um 25 Mandate, die aufs neue zu vergeben sind. Ein derartiger Akt hat auch für die Gewerkschaften Bedeutung, so daß ganz mit Recht in den Kreisen derselben die Frage erörtert wird, was müssen und was können wir tun, um unsere Interessen zu wahren? Die Gewerkschaften selbst haben — und das ist wohl ganz selbstverständlich — ein lebhaftes Interesse daran, daß bei derartigen Wahlen Männer in das Landesparlament kommen, die ein klares Verständnis für die Arbeiterfrage haben, allein sie müssen es doch wohl, wenigstens zurzeit noch, ihren Mitgliedern selbst überlassen, Stellung zu nehmen. Damit das aber möglich ist, sei uns gestattet, an dieser Stelle einiges über die Bedeutung der Wahlen und die Tätigkeit der Zweiten Kammer zu sagen.

Jahrzehntelang war man in den Arbeiterkreisen Hessens der Ansicht, der Landtag habe keine Bedeutung, oder wenigstens so gut wie keine Bedeutung für das Leben der Arbeiter und ihrer Familien. Man war gewohnt, das, was in Darmstadt vorging, als höchst gleichgültig anzusehen und gänzlich unbeachtet hinzunehmen. Erst als im Jahre 1885 die ersten direkten Vertreter der freien Arbeiterschaft ins Rondeau der Stände in Darmstadt einzogen und man anfing, sich das, was dort erörtert und beschlossen wurde, näher anzusehen, bemerkte man, daß es doch „des Schweiges der Ebeln wert“ sei, daran mitzuarbeiten, daß die Beschlüsse ein Gepräge erhalten, das den Interessen der Masse des Hessenvolkes, der Lohnarbeiter und kleinen Leute aus den Handwerker- und Landwirtschaftskreisen Rechnung trägt.

Sehen wir uns doch einmal an, welche Materien in der Zweiten Kammer Hessens zur Verhandlung gelangen, die von Bedeutung für uns sind.

Da ist gleich zuerst das Steuerwesen. Seit 1899 wird eine allgemeine Einkommensteuer erhoben, die die Einkommen von 500 Mark an besteuert und zwar mit 0,6 Prozent beginnend, bis zu 4,98 Prozent steigend und als Ergänzung dazu wird eine reine Vermögenssteuer von 75 Pfg. pro 1000 Mark erhoben. Vermögen unter 3000 Mark sind steuerfrei. Hier tritt sofort in die Augen, daß Einkommen schon von 500 Mark zur Steuer herangezogen werden, daß die Progression bei 4,98 Prozent stehen bleibt; die Vermögenssteuer nicht steigt und nur 75 Pfg. pro 1000 Mark Reinerlösen erhoben werden.

Hier gilt es einzusehen. Die kleinen Einkommen unter 900 bzw. 1000 Mark mühten steuerfrei gemacht und der Ausfall, der dadurch für die Staatskasse entsteht, müßte durch eine Erhöhung der Vermögenssteuer bzw. durch eine den Staatsbedürfnissen entsprechende Progression bei derselben gedeckt werden. An diese für die Arbeiter einzig gerechte Lösung der Steuerfrage denken die Vertreter der Besitzenden begreiflicherweise nicht, das müssen die Vertreter der Arbeiter, die sozialdemokratischen Abgeordneten in die Hand nehmen. Sie beantragten denn auch im Landtag, Drucksache Nr. 34, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Progression der Einkommensteuer für Einkommen von 6000 Mark ab erhöht und die Vermögenssteuer progressiv gestaltet wird. Eine solche Gestaltung des Steuerwesens würde die Arbeiter entlasten, dagegen die Besitzenden entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit belasten. Für sie einzutreten ist somit auch für jeden Gewerkschaftler Pflicht und Ehrensache.

Daß auch die Beteiligung der Arbeiter am öffentlichen Leben darunter leidet, daß die Wahlberechtigung für die verschiedenen Vertretungskörper zu sehr auf die Bevorzugung der Besitzenden zugespitzt ist, weiß jeder Gewerkschafter, der sich um öffentliche Wahlen bekümmert. Bei Landtags-, Kreis- und Gemeinderatswahlen spielen die Privilegien der Besitzenden zum Teil eine dominierende Rolle. Sie zu beseitigen muß mit zu den Aufgaben jedes Gewerkschafters gehören. Und gerade im nächsten Landtag spielt die Frage des Wahlrechts für den Landtag und eben auch die gesamte Verwaltungsreform insbesondere die Vertretung der Gemeinden und Kreise eine Hauptrolle.

Mehr noch als diese Forderungen sind es die Forderungen der Arbeiter auf dem Gebiete des gewerblichen Lebens, die als Prüfstein für die Gewerkschaften gelten müssen. Da ist zunächst die Forderung der behördlichen Anerkennung der Arbeiterorganisationen. Sie ist von den sozialdemokratischen Abgeordneten in der Form zur Geltung gebracht, daß sie beantragen, eine Vorlage zu machen, durch welche für die gewerbliche und landwirtschaftliche Lohnarbeiterschaft eine berufständige Vertretung geschaffen wird. Regierung und Kammer stellten sich bisher auf den Standpunkt, daß diese Frage reichsgesetzlich geregelt werden müsse. Nun ist ja auch ein Gesetzentwurf betr. die Arbeitskammern, in denen Unternehmer und Arbeiter „paritätisch“ die Arbeiterinteressen vertreten sollen, im Bundesrat eingegangen, allein er läßt, soweit man bisher über seinen Inhalt etwas erfahren konnte, keinen Zweifel darüber, daß er alles andre, nur keine Vertretung der Arbeiter bringen wird. Und gerade diese tut not angesichts der Tatsache, daß die Fabrikanten und Unternehmer in den Handelskammern ihre direkten und ungeteilten Interessenvertretungen haben. Es wird deshalb auch eine Aufgabe des kommenden Landtages sein, die Regierung dahin zu instruieren, daß sie im Bundesrat den Forderungen der Arbeiter entsprechend darauf drängt, daß Arbeiterkammern ins Leben gerufen werden. Dafür werden aber wiederum nur die Vertreter der organisierten Arbeiter, die Sozialdemokraten, energisch eintreten, so daß auch in dieser Richtung dem freien Gewerkschaftler gar nichts andres übrig bleibt, als für die Wahl desselben einzutreten im Interesse seiner Gewerkschaft.

Die Ausführung der Gewerbeinspektion und des Bauarbeiterbeschutzes liegt vollständig in den Händen der Regierungen der Einzelstaaten und gerade in Hessen hat es die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten dahin gebracht, daß für die Gewerbeaufsicht fünf Gehilfen aus dem Arbeiterstande zur Verwendung gelangen und daß die Zweite Kammer beschlossen hat, die Regierung zu ersuchen, alsbald eine Gesetzesvorlage einzubringen, die einen wirksamen Schutz der Bauarbeiter in Bezug auf Sicherheit gegen Gefahren für Leib und Leben, Gesundheit und Sittlichkeit garantiert, unter Berücksichtigung der Bestellung der Zentralkommission der Bauarbeiter Hessens, und auf eine ausreichende baupolizeiliche Ueberwachung, insbesondere praktisch geschulter Bauarbeiter, hinzuwirken.

Diese Beschlüsse werden nur dann zur Durchführung gelangen, wenn die organisierten Arbeiter durch einmütiges und energisches Wirken für die Wahl der sozialdemokratischen Abgeordneten beweisen, daß es ihnen Ernst ist mit ihren Forderungen und daß sie hinter denselben mit dem nötigen Nachdruck stehen. Jeder Gewerkschaftler wird sich klar darüber sein, daß der gesetzlich gegebene Gastwirtschafterschutz, Konfektionsarbeiter-, Ziegelei- und Steinbrucharbeiterbeschutzes, der Kinderschutz und die Beaufsichtigung des Weißbinderbetriebes wie des Handwerksbetriebes mit Motoren und mehr als 10 Arbeitern, auf dem Papier bleiben und nicht wirksam verfolgt werden wird, wenn dafür nicht die erforderlichen Mittel in die Budgets eingestellt werden.

Neben all den schon aufgeführten Aufgaben hat der Landtag noch Einfluß auf das Submissionswesen mit seinen gerade für die Arbeiter unheilvollen Blüten und auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Staatsbetriebe, die heute leider noch nicht als Musterbetriebe dastehen, mit der Zeit aber dahin kommen müssen, zu gewinnen. Ebenso ist die Wohnungsinspektion, die Prüfung und Fürsorge hinsichtlich des Sanitätswesens und der Gesundheitsverhältnisse, sowie die Organisation des Mobiliar-Feuerversicherungswesens ein vom Landtag zu kontrollierendes Feld wirklich wirksamer Sozialpolitik, d. h. ernsthafter Arbeiterpolitik.

Dies alles sind gewiß wichtige, zum Teil außerordentlich bedeutsame Aufgaben, die der heftigste Landtag zu lösen hat. Er wird sie nur im Sinne der Tätigkeit unserer freien Gewerkschaften lösen, wenn die Gewerkschaftler selbst mit helfen, daß das möglich ist, d. h., wenn jeder einzelne Gewerkschaftscollega mitwirkt und hilft, daß die Zahl der für seine Interessen wahrhaft tätigen Abgeordneten im heftigsten Landtag vermehrt wird. Den heftigsten Steinbrucharbeitern rufen wir zu, daß sie am 28. Oktober unter allen Umständen zur Wahlurne schreiten und für die sozialdemokratischen Kandidaten votieren müssen.

Ausbau der Unternehmerorganisation und ihre Kampfesweise.

Einen guten Einblick in das Fortschreiten des Zusammenschlusses der Unternehmerorganisationen bieten die Verhandlungen, die sie vor einigen Monaten in Berlin führten. Dort selbst tagte Ende März eine ordentliche Ausschußsitzung des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände. In derselben wurde berichtet:

„Infolge reger Werbetätigkeit ist es gelungen, die Mitgliederzahl des Vereins im Berichtsjahre um 20 Verbände mit rund 180 000 Arbeitern zu vermindern, so daß der im Juli 1904 von 5 Verbänden mit etwa 656 000 Arbeitern gegründeten Zentralorganisation am Ende des Jahres 1907 41 Verbände mit circa 250 Unterverbänden und circa 1 400 000 Arbeitern angehörten. Für das Jahr 1908 sind die Aussichten für die weitere Ausdehnung des Vereins ebenfalls günstig. Bis zum Sitzungstage haben sich bereits 4 Verbände mit etwa 6000 Arbeitern angeschlossen. Der Beitritt weiterer, zum Teil bedeutender Verbände steht in naher Aussicht.“

Interessant ist, wie der Ausschuß dann zu den Arbeitsnachweisen resp. zu dem Inserieren nach Arbeitern Stellung nahm. Es heißt diesbezüglich:

„Der Ausschuß nimmt von der von der vorjährigen Arbeitsnachweis-Konferenz in Kassel aufgestellten und vom Vorstand genehmigten Resolution, betr. Inserieren nach Arbeitern Kenntnis. Derselbe lautet wie folgt:

1. Das Inserieren nach Arbeitern in sozialdemokratischen und Gewerkschaftsblättern soll völlig unterbleiben.
2. Das Inserieren nach Arbeitern in der Presse bestreifter Orte und Bezirke nach denjenigen Arbeiterkategorien, welche sich im Streik befinden, ist nicht zu gestatten.
3. Die Inserate, die in der bürgerlichen Presse derjenigen Bezirke, welche für das Annoncieren nach Arbeitern freigegeben sind, aufgegeben werden, sind durch die Geschäftsstelle der Verbände darauf zu prüfen, daß durch dieselben kein Zwiespalt unter den Verbänden hervorgerufen wird, andernfalls ist eine entsprechende Veränderung der Annonce zu veranlassen. Insbesondere ist das Inserieren nach Arbeitern unter Verprechung hoher Löhne als unzulässig zu erachten, da ein solches Verfahren nur zu Lohnstreitigkeiten und Differenzen führen kann.
4. Das Ausfinden von Werbeagenten seitens der Firmen oder Arbeitsnachweise, um Arbeiter aus andern Betrieben befreundeter und faktellierter Verbände herauszuziehen, ist für unmoralisch und verwerflich anzusehen und deshalb strengstens zu vermeiden.

Die in den Punkten 1, 2 und 4 der Resolution aufgestellten Zeitfuge finden die Zustimmung der Versammlung. Zu Punkt 3 wird von Herrn Wertheimer Blohm nachstehender Zusatz vorgeschlagen und angenommen:

In denjenigen Bezirken, in denen Arbeitsnachweise von Verbänden des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände bestehen, soll nicht inseriert werden, sondern es sollen die betreffenden Arbeitsnachweise zur Heranziehung von Arbeitskräften in Anspruch genommen werden.

Da aber gerade bezüglich der praktischen Durchführung der Zeitfuge unter Punkt 3 Bedenken geltend gemacht werden, so

soll der Vorstand um nochmalige Durchberatung der Vorlage gebeten werden, um sie dann später dem Ausschuß wieder zu unterbreiten.

Ganz besonders wichtig ist aber die Stellungnahme dieses Generalstabs der Scharfmachertuppe zu der vom Reichstage im Januar angenommenen Resolution, betreffend Tarifverträge, die den Herren ganz und gar wider den Strich geht; sie setzen nun alle Hebel in Bewegung, um die Reichsregierung zu veranlassen, dieser Resolution in keiner Weise Folge zu geben. Hierzu heißt es:

„Herr v. Reischwig-Hamburg weist in einem längeren Referat auf die Gefahren hin, die der deutschen Industrie aus der vom Reichstage in der Sitzung vom 30. Januar 1908 angenommenen Resolution drohen, welche folgendermaßen lautet:

„Den Herrn Reichstanzler zu ersuchen, Arbeiten für die Marineverwaltung nur an solche Firmen zu vergeben, welche in Beziehung auf die Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten und, falls Tarifverträge für die betreffende Art der Arbeit am Orte des Betriebes gelten, nicht hinter den Bestimmungen dieser Tarifverträge zurückbleiben, sowie die Marineverwaltung anzuweisen, die Festsetzung oder Neuordnung von Arbeitsbedingungen in den Reichsmarinebetrieben unter Mitwirkung der Arbeitsausschüsse vorzunehmen.“

Auch für die deutsche Seeresverwaltung ist inzwischen nach Mitteilung des Herrn Dr. Strefemann-Dresden eine gleichlautende Resolution in beschärfster Form angenommen worden. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Angelegenheit wird beschlossen, eine Eingabe an den Bundesrat zu richten, in welcher gegen obige Resolution Stellung genommen wird.

Außerdem soll mit den Fraktionen des Reichstages Fühlung genommen und Vertreter derselben zu einer vom Verein Deutscher Arbeitgeberverbände Anfang des Monats Mai einzuberufenden Versammlung eingeladen werden, in welcher über die Schädlichkeit der Tarifverträge in der Industrie und andre wichtige sozialpolitische Fragen eingehend Beratung gepflogen werden soll.“

Man sieht, wie die Herren für ihre Interessen zu kämpfen wissen und welche Wege ihnen offen stehen!

Va banque

spielte Herr Steinbruchbesitzer Köhler in Meissen, als er Ende Mai vorigen Jahres über 250 organisierte Steinarbeiter im Sandumdrehen aus-sperrte. Köhler wollte bekanntlich eine scharfe Arbeitsordnung einführen; unsere Kollegen weigerten sich, dieselbe anzuerkennen und die Aussperrung wurde verfügt. Der Kampf dauerte etwa 28 Wochen, unsere Mitglieder reisten bei der Proklamierung der Aussperrung sofort ab, nur 15 Mann blieben zurück, um die angeworbenen Klausreißer zum Abreisen zu bewegen. Mit großer Mühe und noch größeren finanziellen Opfern gelang es Köhler, sich ein Häufchen „Gelber“ anzuschaffen, er mochte wohl schon im geheimen triumphieren über den zu erwartenden Sieg. Die bürgerliche Presse tat im übrigen alles, um Herrn Köhler in seinem arbeiterfeindlichen Vorgehen zu unterstützen.

Die Früchte seiner Handlungsweise hat nun Köhler dergestalt eingeheimst, daß nunmehr sein großes Granitwerk unter Zwangsverwaltung gestellt wurde.

Es gehen Gerüchte um, daß K. im Jahre 1907 mit circa 170 000 Mk. Defizit gearbeitet hat. Wir können diese Nachricht (des großen Defizits halber) nicht kontrollieren, aber wer den Köhlerschen Betrieb mit seinen umfangreichen maschinellen Einrichtungen kennt, wird zugeben, daß eine solche Unterbilanz, nachdem er seine Arbeiter — aus-sperrte, wohl möglich sein kann.

Herr Köhler hat die Herrschaft in seinem Werke verloren; als maßgebende Personen fungieren die vom Gericht ernannten Zwangsverwalter.

Die vaterländischen Gelben konnten also mit ihren Klausreißerdiensten die Firma nicht retten, auch der Verband der sächsischen Industriellen, der Herrn Köhler im vorjährigen Kampfe erheblich unterstützt haben sollte, konnte ihn vor dem Untergange nicht bewahren. Im Vorjahre zogen von Meissen die Werbeapostel nach den ausländischen Steinbruchgebieten, um mit Anwendung all ihrer Veredelsamkeit Steinarbeiter für Köhler anzuwerben. Nach Oesterreich-Schlesien und Ungarn richteten die Werber mit Vorliebe ihre Schritte, die Ausländer sollten scharenweise in dem Meißener Granitwerksbetriebe ihren Einzug halten.

Doch nur wenige kamen und die Angeworbenen waren meist ungeübte Arbeiter, die dem Werke absolut keinen Nutzen bringen konnten. Mit den ungeschulten Kräften konnte natürlich der Betrieb nicht florieren, qualifizierte Steinmehrer aber blieben fern, dafür hatte Köhler mit seinen unüberlegten Maßnahmen selbst gefordert.

Die Sächsische Industrie, das Organ des Verbandes sächsischer Industrieller, berichtete in der Nummer vom 19. Februar 1908 über die Beendigung des siebenmonatigen Streiks in den Granitwerken von Oswald Köhler. Es heißt da u. a.: „Der Arbeitgeber, der bei dem Streik fortwährend mit den schwierigsten Verhältnissen zu kämpfen und unter den größten Ausschreitungen der Streikenden (!) zu leiden hatte, hat mit der siegreichen Durchführung des Kampfes den Beweis einer eifernen Energie erbracht und ist ein Muster für die Arbeitgeber, die ihre Autorität unverletzt aufrecht erhalten wollen. Der Betrieb hatte die Unterstützung der Streikentschädigungsgesellschaft des Verbandes Sächsischer Industrieller, die auch in diesem Falle der den Streik unterstützenden Gewerkschaften wieder gezeigt hat, daß ihre Macht die stärkere ist. (!) Diese Erfahrung wird für die Gewerkschaften eine weitere Veranlassung sein, künftighin vor Unterstützung jedes Streiks noch sorgfältiger zu prüfen, ob der zu bestreikende Betrieb isoliert für sich allein steht, oder ob er sich in der schützenden Gemeinschaft, der organisierten Arbeitgeber befindet.“

Wir sind der Meinung, daß sich Köhler mit den verfügbaren Maßnahmen in der uneigennützigsten Weise zu seinem größten Schaden — dem Verband der sächsischen Industriellen geopfert hat.

Wir glauben sicher, wenn im Vorjahre Köhler mit uns eine Verständigung gesucht hätte, daß dann heute in seinem Betrieb sich keine Kwanasverwalter aufhalten würden.

Aus einer kleinen Residenz.

In Wächtersbach, der „Residenz“ der ehemals regierenden Fürsten von Hessen-Wächtersbach mit ihrer berühmten Porzellanfabrik spielt zurzeit eine Skandalaffäre, die weit über die Grenzen des Hanauer Ländchens hinaus Beachtung finden wird. Gleichzeitig mit der Grimmitzhauer Webetauschperrung erfolgte bekanntlich hier im Winter 1903 die brutale Maßregelung der Wächtersbacher Porzellanarbeiter. Ein neuer Direktor, Dr. Ehrlich, war von dem Fürsten engagiert worden, um die Fabrik rentabler zu machen, und das erste Werk des „neuen Herrn“ war eine Kürzung sämtlicher Löhne, die von der Arbeiterchaft mit einem 36 Wochen dauernden Streik beantwortet wurde. Der Direktor ließ sich mit ungeheurer hohen Kosten aus der ganzen Welt Streifbrecher kommen und sperrte sämtliche Arbeiter, darunter welche, die ein Lebensalter in der Fabrik waren, aus. (Es wurde dieselbe Methode, wie bei Köhler in Meissen beliebt.) Nach dem erfolglosen Verlauf des Streiks wurden nur diejenigen wieder eingestellt, die auf dem Fabrikbureau ihr Verbandsbuch abgaben und aus dem Porzellanarbeiterverband austraten. Zum Dank dafür, daß er „Ordnung“ geschafft hatte, wurde Dr. Ehrlich „fürstlicher Kammerrat“ und erhielt einen Freibrief über Leib und Leben der Arbeiter und Arbeiterinnen; er berief einen Studiengenossen namens Tepling aus Berlin und machte ihn zum zweiten Direktor. Letzterer übte nun strupplos das „Pavianrecht“ bei den Arbeiterinnen aus und erhöhte eigenmächtig den Lohn jener Mädchen, die ihm zu Willen waren. Darüber gab es Eifersüchteleien zwischen Ehrlich und Tepling; der Sohn des Fürsten, der mittlerweile das Pelter ergriffen hatte, trat aber für Tepling ein und gab nach längeren erfolglosen „Friedensverhandlungen“ dem Direktor Ehrlich den Kaufpaß. Ehrlich berief sich darauf, daß er vom Vater des Fürsten auf Lebenszeit angestellt worden sei, der junge Fürst ließ ihm zur Antwort die Gas- und Wasserleitungshähne abschrauben und setzte ihn buchstäblich auf die Strafe. Als Krönung einer ganzen Anzahl Beleidigungs- und Entschädigungsprozesse, die nun folgten, fand jetzt vor der Zivilkammer des Hanauer Landgerichts eine Verhandlung statt, bei der so „intime Dinge“, besonders auch bezüglich der Beziehungen des Dr. Ehrlich zur Prinzessin von Hessen zur Sprache kamen, daß die Öffentlichkeit zeitweise ausgeschlossen wurde. Was aber aus dem Prozeß bekannt wurde, genügt zur Verpesterung der Luft! — Das Urteil im Entschädigungsprozeß des Dr. Ehrlich soll am 23. Oktober gefällt werden. Was den Prozeß für die Arbeiterchaft und besonders für die Porzellanarbeiter interessant macht, ist die Angabe des Vertreters des Fürsten, Rechtsanwalt Dr. Walmus, daß die brutale Aussperrung im Jahre 1903 der Fabrik einen Schaden von 161 000 Mark gebracht habe, ganz abgesehen von dem Schaden, der dadurch entstand, daß die Streifbrecher minderwertige Ware erzeugten und dadurch den Weltruf der Firma gefährdeten.

Genau wie bei Köhler in Meissen. Welcher „Ton“ in diesen feinen und hohen Kreisen üblich war, dafür zeugt der wiederholte Ausschluß der Öffentlichkeit während der Verhandlung; erwähnt sei zum Beispiel auch, daß der Direktor Ehrlich, nachdem ihm wegen eines Alkoholgegesses mit der leichtsinnigen Prinzessin von Hessen das Recht zur Führung des fürstlichen Wappens entzogen wurde, dem Fürsten schrieb, er werde in Zukunft den Schafstopp auf die Erzeugnisse der fürstlichen Fabrik andringen lassen.

Wenn das Gericht dem Fürsten recht gibt und Dr. Ehrlich „ziehen“ muß, dann verliert auch die Hanauer Filiale des „Reichslügenverbandes“ ihr eifrigstes Mitglied.

Die markmagerischen Allüren des Dr. Ehrlich wurden also vom fürstlichen Haus sehr schlecht belohnt.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß bei Anträgen auf Mitgliedschaft, Umzugs-, Krankenunterstützung usw. wohl die Bücher der Betreffenden eingefandt wurden, aber die persönliche Statistikkarte fehlte. In Zukunft werden solche Bücher ohne weiteres retourniert; die Anträge sind auch damit abgelehnt.

In Nr. 40 des Steinarbeiters wurde der Kollege Andr. Beh (Buch-Nr. 21 668), zurzeit in Gotha, als ausgeschlossen bekanntgegeben. Nachdem nunmehr im Beisein eines Mitgliedes der Zentralleitung am Ort eine gegenseitige Aussprache stattgefunden hat, ist Andr. Beh wieder als Mitglied des Steinarbeiterverbandes anzusehen.

Quartalsabrechnungen sind nicht eingegangen von folgenden Zahlstellen: 1. Gau: Danzig, 1. und 2. Quartal. — 2. Gau: Gerichsdorf, Dürr-Ansdorf, 2. Quartal. — 4. Gau: Mäleben, 1. und 2. Quartal. — 6. Gau: Hörstel, 1. und 2. Quartal; Hoof, Kirchbraut, 2. Quartal. — 8. Gau: Heubach, Otterberg, 1. und 2. Quartal; Elmstein, Gelnhausen, Randauf, Mörsfeld, Neutkirchen-Mehlingen, Sattelbach, 2. Quartal. — 9. Gau: Baden-Baden, Ochsenburg, Weinsberg, 1. und 2. Quartal; Ottenhöfen, 2. Quartal. — 10. Gau: Tittlingen, 2. Quartal. — 11. Gau: Solnhofen, 2. Quartal.

Korrespondenzen

Berlin. Ueber die gegenwärtige Krise referierte am 8. Okt. Kollege Gauleiter Herrmann-Röhl vor einer gutbesuchten Versammlung beider Filialen. Unter Hinweis, daß die Jahre 1903 bis 1907 Jahre guter Konjunktur waren, erläuterte Redner den Anfang der Krise in Amerika. Mit 21 Banktracis am 16. Okt. 1907 setzte sie ein und nahm von da ihren Weg nach den Industriestaaten Europas. Das die Krise so kolossal auftritt, liegt an der Ueberproduktion. Es werden bedeutend mehr Waren fabriziert als abgesetzt werden können, daher auch die vielen Arbeitslosen, die Reservearmee der Industrie. Aber diese Misere ist eine Begleiterscheinung des Industriestaates. Schon 1830 hatten wir eine bedeutende Krise bei den Webern in Schlefien. Auch die Fortschritte der Maschinentechnik tragen ihr Gut Teil bei zu der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit. Nun sollte man meinen, daß diese Zeit angetan wäre, den indifferenten Arbeitern die Augen zu öffnen. Aber gerade das Gegenteil ist der Fall. Auch unser Verband hat im letzten Jahre nur minimal an Mitgliedern zugenommen. Nun kommt man zu der Frage, was gibt es für Möglichkeiten, um derartige Krisen zu beseitigen. Die erste Antwort muß lauten, heraus mit dem Achtfundentag. Durch verringerte Arbeitszeit könnten mehr Arbeiter beschäftigt werden. Daß übrigens diese unsere Forderung gerecht ist, beweist, daß schon Morus und andere für den Achtfundentag waren. Nicht weniger vorteilhaft sei der Abschluß von Tarifverträgen in günstigen Zeiten. Doch ist letzteres nur möglich, wenn dem Kapital eine feste Arbeiterorganisation gegenübersteht. Darum hinein in die Organisation. Leider haben wir auch in Berlin mit einer großen Anzahl Indifferenten zu rechnen, was uns so bedauerlicher ist, da doch in Berlin in bezug für Ausflüchtung genügend geschieht. Speziell bei den Marmorarbeitern hat eine große Laubheit der Kollegen Platz gegriffen. Der Referent richtet deshalb einen Appell an die Kollegen, alle gegenseitigen Nebenbieren und Standesunterschiede beiseite zu lassen, auch den Maschinenarbeitern gegenüber, denn nur geeint können wir dem gewappneten Unternehmertum imponieren. Um die Wirkung des äußerst lehrreichen Vortrages nicht zu verwischen, wird auf Antrag von

einer Diskussion abgesehen und die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf den Steinarbeiterverband geschlossen.

Neuchâtel. Am 11. Oktober tagte im Kasino unsere Quartalsversammlung. Genosse Kleis-Wurzen hielt einen lehrreichen, mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: Das Wissenswerte aus der Unfallversicherung. Die Diskussion bewegte sich im Rahmen des Vortrages. Unter Punkt 2 gab der Kassierer Lindner den Kassenbericht, auf Antrag der Revisoren, welche Bücher und Kasse in bester Ordnung gefunden hatten, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Zu Punkt 3 gab Kollege Schlegel die Statistik bekannt, an welcher sich von 260 Mitgliedern leider nur 113 beteiligt haben, und zwar 51 Steinmetzen, 22 Brecher, 39 Pflasterer, 1 Tagearbeiter. Schlegel behauptete die Mangelhaftigkeit der Statistik. Weiter führte Redner den Wert der Statistik den Anwesenden vor Augen und verwies auf den Kassierer Verbandsratsbeschluss, nach welchem nur derjenige berechtigt ist, Krankenunterstützung zu beziehen, welcher seine ausgefüllte Statistik bei der Krankmeldung mit vorlegt. Im gleichen Sinne äußerte sich auch der anwesende Vorleiter Rudolph. Nachdem noch verschiedene Berufs- und Verbandsangelegenheiten ihre Erledigung gefunden, war Schluss der leider nicht sehr zahlreich besuchten Versammlung. Diese Versammlung legt so recht deutlich Zeugnis von der eingeschlichenen Gleichgültigkeit und Laubheit ab, denn während wir in unserm eignen Heim unsere Versammlung abhalten, ziehen es unsre Verbandsmitglieder vor, in Lokalen zu verkehren, welche uns zu Versammlungszwecken nicht zur Verfügung stehen. Die Kenntnisse unserer Verbandsmitglieder sind doch ungewiss, noch nicht so groß, daß sie keiner Aufklärung bedürfen, denn das beweist schon, daß sie die Lokalliste nicht einhalten. Speziell die jetzt in den Neuchâtel Betrieben zahlreich beschäftigten böhmischen Steinarbeiter hätten alle Ursache, die Versammlungen zu besuchen und sich unserer Sache etwas mehr zu widmen, als uns schließlich hindernd in den Weg zu treten.

Bielefeld. Wir hatten schon wiederholt Gelegenheit, uns mit dem Steinbruchbesitzer Kronenberger zu beschäftigen und sein Verhalten den Arbeitern gegenüber zu kennzeichnen. Zur weiteren Charakteristik des Herrn dient folgender Vorfall. Der Herr Kronenberger fuhr bisher die in seinem Steinbruch an der Tümselballe gewonnenen Steine über einen der Anstalt Betsel gehörenden und von dieser in Stand gehaltenen Weg. Das wurde ihm kürzlich verboten und der Weg durch einen Balken gesperrt. Aber Herr Kronenberger kümmerte sich darum nicht. Er versuchte, den sperrenden Balken zu beseitigen, und als ein Bauführer der Anstalt Betsel ihn darüber zu Rede stellte, zog er einen Revolver und drohte ihm, ihn über den Haufen zu schießen. Gegen Herrn Kronenberger ist Anzeige erstattet. — Man kann daraus entnehmen, wie friedfertig der Steinbruchbesitzer Kronenberger sonst sein mag.

Bredenberg a. Deister. Die Firma Chr. Menfing sitzt in der Klemme. Der erhoffte Zugang von Arbeitswilligen ist ausgeblieben, trotz der verschiedensten Versuche und Schreibern. Es ist weiter nichts dabei, sagte ein Menfingischer Polier, als unsre Kollegen die Arbeit niederlegten, wir kriegen viel mehr Steinhauer, als wir brauchen. Jetzt arbeitet er selber mit im Schweiß seines Angesichts, und wenn man die Arbeit betrachtet, dann merkt man, daß es doch leichter sein muß, Polier zu spielen, als ein sauberes Stück Arbeit hinzulegen. Jetzt wendet man sich nicht nur in die sogenannten schwarzen Winkel, um Steinhauer herbeizuschaffen, sondern auch an die Großstädte, denn aus Hamburg geht uns die Nachricht zu, daß ein Stellenvermittler A. Müller in Wandsbeck, Hamburger Straße 5 wohnhaft, 10 bis 20 Steinhauer für die Firma sucht. Herr Müller denkt vielleicht, daß es mit den Steinhauern auch so leicht geht, als mit den Brucharbeitern in Langelsheim. Da aber die Firma Menfing, wie aus den eigenen Briefen hervorgeht, gute und willige (besonders aber auch billige) Steinhauer haben will, die keiner freien Gewerkschaft angehören dürfen, so werden die Herren sich mit Geduld wappnen müssen, denn nach dem Vorwort am Deister und Sünkel lohnt sich nicht leicht ein richtiger Steinhauer. Außerdem empfehlen wir Herrn Menfing, sich bei seinen Unternehmerkollegen (wir könnten ihm einige nennen), die schon vor ihm den Wunsch hatten, ohne frei organisierte Steinhauer ihren Betrieb aufrecht zu erhalten, nach der Bilanz dieser Praktik zu erkundigen. Wir wollen hier nur nur erwähnen, daß bei dem vorjährigen Geschäftsabschluss der Garburger Gummi- oder Gummifabrik, als die Aktionäre auf die gewohnte Dividende verzichteten, die Leiter des Unternehmens den schlechten Geschäftsabschluss damit erklärten, daß durch den Streik die besten, aber gewerkschaftlich organisierten Arbeiter teils entlassen, teils für immer ferngeblieben seien und an deren Stelle ganz minderwertige aber nicht organisierte Kräfte eingestellt worden sind und daß mit solchen Kräfte nicht weiter gearbeitet werden könne. Hier bestätigt sich wieder einmal, was auch einsichtige Unternehmer längst zugegeben haben, daß organisierte Arbeiter immer die zuverlässigsten und nützlichsten sind. Die Firma Menfing versucht auch sonst, durch andre Firmen ihre Arbeit fertiggestellt zu erhalten, denn die Firma Meine u. Illemann in Neßla-Oberwald schob in aller Stille Menfingsche Arbeit mit unter und glaubte, die Steinhauer würden es nicht merken, aber gefehlt. Unsere Kollegen merkten den Schwindel, und als den Inhabern das Verwerfliche ihrer Handlungsweise vorgehalten wurde, wurde ihnen der latonische Weisheit: Das ist uns doch egal, was das für Arbeit ist, wenn nur etwas dabei verdient wird! Das mögen sich unsere Kollegen merken. Selbstverständlich wurde die Streikarbeit verweigert und resigniert erklärte der Unternehmer: Na, dann machen wir es eben nicht! Wir warnen also nochmals unsere Kollegen nach wie vor, der Firma Chr. Menfing irgendwie Vorspanndienste zu leisten.

Leipzig. Die am 2. Oktober hier tagende Mitgliederversammlung nahm Kenntnis von den Schreiben der Leipziger Steinmetz-Zinnung wegen der Nichtanerkennung unsres Vertrauensmannes. Eine von den Gehilfen beantragte gemeinschaftliche Sitzung, um diese Angelegenheit gütlich beizulegen, hat die Zinnung strikte abgelehnt; sie stellt vielmehr das Verlangen an unsern Vertrauensmann, alle in den Schreiben an Steinmetzmeister Lehmann angeblich enthaltenen Beleidigungen, zurückzunehmen und sich in Zukunft eines würdigeren Tones zu bedienen. Die Versammlung weist dieses Ansinnen entschieden zurück, da von einer Beleidigung der Zinnung nicht die Rede sein kann. Der Kassenbericht vom 3. Quartal ergibt an Einnahme 8080.78 Mk., der eine Ausgabe von 2122.87 Mk. gegenübersteht, so daß ein Bestand von 5958.41 Mk. verbleibt. Dem Kassierer wird Entlastung erteilt. Den Bericht der Statistik erstattet Kollege Kampfrad, er fordert die Kollegen auf, die statistischen Fragebogen in Zukunft besser auszufüllen und pünktlicher abzuliefern. Da Kollege Kampfrad auf eine Wiederwahl verzichtet, wird Kollege Gustav Große als Statistiker gewählt. Da Tarifstreitigkeiten in letzter Zeit immer mehr an der Tagesordnung sind, so hatte auch die heutige Versammlung sich damit zu befassen. Die Unternehmer suchen immer mehr die tariflichen Abmachungen zu hintergehen; was seit Jahren standlos bezahlt worden ist, wird jetzt einfach abgestritten. Indem nun die Zinnung durch die Ablehnung des Vertrauensmannes den Instanzenweg abgebrochen, so wird in Zukunft das Gewerbegericht über solche Fälle zu entscheiden haben. Ferner wurde noch Klage geführt über die Nichtinhaltung der Bundesratsverordnung.

Mittweida. Die Aktiengesellschaft der Mittweidaer Granitwerke in Neudörfchen b. Mittweida kann sich rühmen, einen Geschäftsführer mit Namen Seidel angestellt zu haben, welcher mit den beschäftigten Arbeitern recht unhöflich zu verfahren versteht. Nachdem dieser Mann sich vom Arbeiter bis zum Geschäftsführer

„emporgearbeitet“ hat, glaubt er jedenfalls mit seinen früheren Kollegen nichts mehr gemein zu haben. Ja, es erweist sogar den beschäftigten Arbeiter so nach und nach los zu werden. Folgendes Vorwissen läßt wohl auch keinen andern Schluss zu: Als am Donnerstag, den 1. Oktober d. J. der Geschäftsführer Seidel die Arbeitsstelle passierte, meinte ein Arbeiter zu einem andern: „Kollege, laß dich nur nicht stören und werde nicht ängstlich“; diese harmlosen Worte verletzten aber den Herrn derart in Eristase, daß er den betreffenden Arbeiter aufforderte, seine ausge schlagenen Steine aufzuarbeiten und dann den Steinbruch zu verlassen. Im übrigen werden dort gegenwärtig die geringsten Vergehen mit Entlassung bestraft. Ebenso läßt auch die Behandlung seitens der dort angestellten Meister gegen die ihnen unterstellten Arbeiter sehr viel zu wünschen übrig.

Randorf. Der Herbst hat bereits seinen Einzug gehalten und mit den schönen Sommermonaten ist es nun zu Ende. Mit banger Sorge sehen deshalb die hiesigen Kollegen der Zukunft entgegen. Bedeutet doch der Winter gerade für den größten Teil unsrer Kollegen eine Hungertur, denn Löhne von 10 bis 12 Mark in der Woche sind keine Seltenheit. Was es bei derartigen Löhnen zu bedeuten hat, eine fünf- bis sechsköpfige Familie bei den jetzigen hohen Lebensmittelpreisen zu ernähren, wird sich jeder vernünftig denkende Mensch vorstellen können. Es werden oft noch Löhne bezahlt, wo es einem Familienvater im Sommer manchmal schwer fällt, sich und seine Familie unabhängig zu ernähren. Bei der jetzt herrschenden Krise tritt dies aber um so mehr zutage, da die Löhne noch mehr zurückgehen. Die hiesigen Unternehmer haben es in Händen, die Löhne nach Willkür festzusetzen, weil leider noch der größte Teil unsrer Kollegen seiner gewerkschaftlichen Organisation fernsteht. Auch die neu zu beschaffenden Steuern in Höhe von ungefähr 500 Millionen Mark, wovon wiederum einen großen Teil Meer und Marine verschlingen werden, beabsichtigt die Regierung hauptsächlich aus den Taschen der Unbemittelten zu nehmen, so daß das Elend unter den Arbeitern ein immer größeres werden muß. Wie oft, ja fast in jeder Arbeiterfamilie, kann man beobachten, daß aus Anlaß dieser Tatsachen nicht nur Frauen, sondern auch Kinder im zartesten Alter zum Unterhalt beitragen müssen, was in hiesiger Gegend in der Blumenindustrie als Heimarbeit besonders geschieht. Aber auch die Löhne bei dieser Arbeit können, ohne zu übertreiben, als Hungerlöhne bezeichnet werden. Bei fleißiger, angestrengter Arbeit verdient eine Frau mit drei bis vier Kindern, je nach der Sorte der Blumen höchstens 4 bis 5 Mark, in Ausnahmefällen, wenn es einmal gut geht, 6 Mark die Woche. Dabei kommt es oft vor, daß die ganze Familie halbe Nächte lang bei der Arbeit sitzen muß; ja die Frau nicht allemal Zeit zur Verrichtung ihrer notwendigsten häuslichen Arbeit hat, um auf oben bezeichneten Lohn zu kommen. Der größte Teil unsrer Kollegen aber sieht noch gleichgültig über seine trübseligen Verhältnisse hinweg, ohne zu erkennen, daß er sich in der denkbar schlechtesten Lage befindet. Leider gibt es auch noch viele Kollegen, die in ihrem Hause eine Zeitung dulden, die derartige Verhältnisse als vor Gott gewollte in die Welt posaunen, berechtigte Forderungen der Arbeiter aber mit Entrüstung zurückweisen, gegebenenfalls noch Staatsanwalt und Polizei versuchen mobil zu machen. Es muß deshalb Pflicht unsrer organisierten Kollegen sein, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß die sozialdemokratische Presse sich immer mehr Eingang in die Wohnungen unsrer Kollegen verschafft, denn diese ist allein imstande, Aufklärung unter die Arbeiter zu bringen.

Nordendorf. Am 4. Oktober fand unsere Monatsversammlung statt, in welcher Kollege Ertl zunächst die Abrechnung vom dritten Quartal bekannt gab, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Nach Erledigung von zwei weiteren Punkten referierte Genosse Landtagsabgeordneter Nollwagen aus Augsburg über das Thema: Die Sozialdemokraten im bairischen Landtag. Redner führte aus: Daß die sozialdemokratische Fraktion in solcher Minderheit vertreten sei im Landtag, ist ein charakteristisches Bild für die geistige Verschaffenheit der Nation. Daß es für diese Minderheit sehr schwierig ist, irgendwelche Erfolge in der Gesetzgebung zu erzielen, muß ohne weiteres klar sein. Dennoch dürfen die Erfolge, die hauptsächlich durch ständige Anträge und nimmer müdes Arbeiten der sozialdemokratischen Abgeordneten erzielt wurden, nicht unterschätzt werden, z. B. die Gehaltsaufbesserung der Staatsbeamten und Bediensteten sowie der Staatsarbeiter. Freilich sei die Aufbesserung jedoch ohne Schuld der Sozialdemokraten zu niedrig bemessen worden, von unten nach oben hätte aufgebessert werden müssen, nicht von oben nach unten. Redner unterzog auch das Verhalten der sogenannten christlichen Arbeiterführer im Parlament bei der Beratung der Aufbesserung der Gehälter und Löhne der Staatsarbeiter einer würdigen Kritik. Daraus können die Arbeiter die Lehre ziehen, was sie von diesen Leuten zu halten haben. Auch auf die Budgetbewilligung kam Redner zu sprechen, man hätte es im Volke draußen nicht verstanden, wenn die Fraktion für die Aufbesserung der Löhne und Gehälter gestimmt, zu guter Letzt dann der Regierung die Mittel hierfür verweigert hätte. Wenn auch das Erreichte bei weitem nicht das ist, was es sein soll, so wird die sozialdemokratische Landtagsfraktion stets und ständig bestrebt sein, das Errungene Stück um Stück besser auszubauen. Lebhafter Beifall und einige Neuaufnahmen zum sozialdemokratischen Verein lohnten die trefflichen Ausführungen des Referenten.

Ströbel. Am 7. Oktober fand im Sattlerschen Lokal eine Steinarbeiterversammlung statt, welche gut besucht war. Als Referent war Daubenthaler anwesend. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung vom 3. Quartal; 2. Die gewerkschaftlichen Organisationen; 3. Diskussion; 4. Regelung der örtlichen Krankenzuschkasse; 5. Verschiedenes. Der Kassierer gab die Abrechnung bekannt, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde. Es wurde ihm im Namen der Versammelten gedankt für seine zweijährige gute Amtsperiode. Der Referent besprach die gewerkschaftlichen Organisationen in verständlicher Weise. Auch hatte er ein paar Worte für den Alkoholteufel. Die Diskussion war im Sinne des Redners. Zur Regelung der Krankenzuschkasse betonte der Kassierer, daß der Fonds, welcher sehr klein geworden ist, erhöht werden muß, denn wir haben jetzt viel Kranke gehabt. Die Zahl wird sich zum Winter verdoppeln. Er empfahl einen Extrabeitrag von einer Mark zu erheben und das Krankengeld in bisheriger Höhe zu zahlen. (Die eine Mark sei innerhalb sechs Wochen zu zahlen.) Kollege Richter stellte einen Antrag auf 50 Pfg. Extrabeitrag und 3 Mk. pro Woche Krankengeldzuschuß. Der Antrag vom Kassierer wurde mit Majorität angenommen, Richters Vorschlag wurde abgelehnt. Im Verschiedenen wurde die Zänkerelei zwischen den bairischen und hiesigen Kollegen gerügt, weil schon etliche Kaufleute stattgefunden haben. Die Kollegen meinten, es wäre befremdend, wenn sich Organisierte untereinander schlagen. Da fehlt noch viel Bildung, denn wir verstand hat, läßt sich auf solche Nimmereien nicht ein. Zwei Revisoren wurden noch gewählt, Kaber Fisch und Paul Közner. Dann schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband.

Wilhelmsfeld. Zu den Unternehmern, welche immer und immer wieder auf die Einhaltung der Bundesratsverordnung sowie auf die Unfallverhütungsvorschriften hingewiesen werden müssen, gehört auch Rieter u. Weber in Wilhelmsfeld. Im Steinbruch herrschen Mißstände, daß man es nur als einen glücklichen Zufall betrachten kann, wenn nicht schon mancher Steinarbeiter dadurch zu Schaden gekommen ist. Die Frühstücksbude genügt nicht im entferntesten den auch nur bescheidensten Ansprüchen. Auch die Arbeitsbude der Steinhauer muß als remedurbedürftig bezeichnet werden. Von den verschiedenen andern kleinen Miß-

helligkeiten, denen die Arbeiter des betreffenden Betriebes ausgegesetzt sind, ganz zu schweigen, müssen wir jedoch noch eine in dem Betrieb zur Regel gewordene Unsitte brandmarken. Die Arbeiter müssen oftmals noch vier bis sechs Wochen auf den Lohn warten. Der Gewerbeinspektion aber wollen wir diesen Betrieb ganz besonders empfehlen.

Rundschau.

Neue Firmen in der Steinindustrie: Peter, Marmorwerk Aachen, Nassauische Marmorbrüche Latitz u. Balzer, Siegen, Gempels Granitwerk, Markersdorf bei Leipzig, Hartsteinwerk Edelweiß Preuss u. Köllner, Warstade, Porphyrwerk Kötenbach bei Müllersbach, Bestler H. Herbergen, Basaltwerk in Gabeln, Korksteinwerke Fichtner, Dresden. Wir werden die Werke, welche neue entstehen, zukünftig bekannt geben.

Die Mitteldeutsche Hartsteinindustrie A. G. in Würzburg hat den Erwerb zweier weiterer Basaltwerke und die Beteiligung an solchen vor, ferner die Ausgabe von 400 000 Mk. neuer Aktien sowie die Ausgabe einer Obligationenanleihe.

Kalksteinbrüche zu Rüdelsdorf bei Berlin. Diese Brüche lieferten im Jahre 1907: 448 542 Kubikmeter rohe Kalksteine (einschließlich Feldsteine) und 38 979 Tonnen Kalk im Gesamtgewicht von 1 771 255 Mk. bei einer durchschnittlichen Belegschaft von 840 Mann. Die durchschnittlichen Verkaufspreise betragen pro Kubikmeter: große Bausteine 6.55 Mk., gewöhnliche Bausteine 5.25 Mk., Brennsteine 4.03 Mk., Kothen 3.52 Mk., Zwittersteine 3.46 Mk., tonhaltige Kalksteine 1.86 Mk., endlich für die Zonne gebrannten Kalk 15.26 Mk.

Die Sandstein-, Zementwaren- und Gipsdielenindustrie hat in dem letzten Jahrzehnt in Leipzig einen ganz bedeutenden Aufschwung genommen und besitzt einen Umfang, wie man ihn kaum hier erwarten sollte. In einem Leipziger bürgerlichen Blatte lasen wir darüber folgendes: „Diese Werke haben sich besonders im Westen der Stadt niedergelassen, wo äußerst günstige, geeignete Sandverhältnisse in Verbindung mit hinreichendem Wasser Veranlassung zu ihrer Begründung waren in einer Zeit, welche in diesen Artikeln starke Nachfragen stellte. Die großen Zementzylinderwerke, wie die kleineren derartigen, die Leitungslampen für die unterirdischen Kabel der Telegraphie und Telephonie werden hier für ganz Sachsen und weit darüber hinaus gebaut und von hier versandt. Für Bahnhofsbauten sowie überhaupt öffentliche und private Bauten werden die Sandsteinsodol und Dielen sowie vorzüglicher Mörtel geliefert. Auch ein neues künstliches Hartsteinwerk, das sich an der Stadtgrenze angegliedert hat, verspricht sehr gute Erfolge und dürfte einer gesunden Zukunft sicher sein, ebenso wie die andern Kunststeinfabrikate, die vielfach den einfachen, gebrannten Mauerstein verdrängen, wenigstens aus der äußeren Fassade.“

Wir können aus eigener Anschauung bestätigen, daß das gegenwärtige Bauamt den Kunststein sehr bevorzugt. Die zwei neuen Pfeilerbrücken sind aus Kunststein hergestellt, desgleichen die gesamten Brüstungsplatten nebst Geländerstäben. Nur die Deckplatten mit Wulst sind aus Granit. In den hiesigen Brückenbauten hat man den Kunststein der Couleur nach dem Muschelkalk nachgemacht. Wie lange wird es noch dauern, bis der Aufschwung, der Muschelkalk ist durch den Kunststein verdrängt?

Die Baugewerkschule Nürnberg, verbunden mit Schlosser- und Maschinenbauerschule, sowie einer Abenderschule für sämtliche Gewerbe, wurde in der Tageschule in diesem Schuljahre von 501 Schülern, in der Winterabenderschule von 396 Schülern, in der Sommerabenderschule von 180 Schülern besucht. Außerdem befanden sich in der mechanischen Werkstätte der Anstalt fünf Lehrlinge. — An der staatlichen Schlussprüfung im Frühjahr haben sich 66 Schüler des fünften Kurses beteiligt; davon erhielten 8 Schüler die Note 1, „sehr gut befähigt“, 46 Schüler die Note 2, „gut befähigt“, und 11 Schüler die Note 3, „genügend befähigt“. 1 Schüler hat die Prüfung nicht bestanden. Als Vorsitzender der Prüfungskommission fungierte der ordentliche Professor der Königl. Technischen Hochschule in München, Geh. Hofrat Ferdinand Löwe, als Staatsbaubeamter Herr Kgl. Bauamtsassessor Rudb. Mann in Nürnberg, als Kommissionsmitglieder außer dem Rektor der Anstalt und 22 Fachlehrern die Herren Baumeister Ludwig Popp und Zimmermeister Peter Wacker. — Das heurige Winterhalbjahr beginnt am 2. November 1908.

Gegen die Koalitionsrechtsvernichter. Der Bund der technisch-industriellen Beamten hat in einer gutbesuchten Versammlung in München eine Resolution angenommen, in der bedauert wird, daß sich in der heutigen Zeit noch Unternehmer finden, die in völliger Verkennung der veränderten sozialen Zustände den gewerkschaftlichen Organisationen der Angestellten die Existenz zu unterbinden suchen. Gegen die Bestrebungen und Maßregelungen, mit denen die Maschinenfabrik Augsburg die technisch-industriellen Beamten ihrer Organisation abwendig zu machen suche, sei zu protestieren. Die Versammlung erwarte von der Verwaltung der Stadt München, daß sie aus dem Vorgehen der Maschinenfabrik Augsburg die Konsequenzen ziehe, die sich aus den Beschlüssen des Gemeindefolleiums vom 2. Juli d. J. ergeben. Sie bittet den Landtag, dahin zu wirken, daß die bairische Regierung im Bundesrat für die schleunige Vorlegung eines Gesetzes Sorge trage, durch das die jegliche einseitig beschränkte Koalitionsfreiheit zu einem wirklichen Koalitionsrecht ausgebaut wird. Die Versammlung fordert zu diesem Zwecke die Aufhebung des § 152, Absatz 2 sowie des § 153 der Gewerbeordnung.

Das wird den Unternehmern aber imponieren, daß die Beamten in einer Resolution bedauern, daß es in der heutigen Zeit noch Unternehmer gibt, die den Arbeitern und Angestellten das Koalitionsrecht rauben.

Strakonto der Presse. Das Landgericht in Hamburg verurteilte am 7. Mai 1908 den Redakteur vom Bauhilfsarbeiter, Genossen Köpfer, wegen angeblicher Beleidigung des Gemeindevorstehers von Lopperum und eines Gerichtsassessors zu drei Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte sogar neun Monate beantragt. Genosse Köpfer hatte die Drangsalierung eines Bauarbeiters gekennzeichnet, der als Sozialdemokrat in der Gemeinde keine Wohnung bekam und sich deshalb im Armenhause einmieten mußte. Auf Anordnung der Behörde wurde der Arbeiter samt seiner Familie nach zwei Jahren aus dem Armenhause entfernt. Die gegen das Urteil geltend gemachten prozessualen Mängel wurden vom Reichsgericht als nicht stichhaltig angesehen, es verwarf die Revision am 8. Oktober.

„Dr. Karl Liebknecht ist aus dem Anwaltsstande auszuschließen“, so meinte vor dem Ehrengerichtshof am 10. Oktober der Oberreichsanwalt Dr. Zweigert. Das Verfahren wurde eingeleitet, weil Dr. Liebknecht wegen angeblichen Hochverrats zu 18 Monaten Festung verurteilt wurde.

Nach etwa 2½stündiger Beratung des Gerichtshofes verurteilte der Vorsitzende, Reichsgerichtspräsident Dr. Freiherr v. Sedendorf, folgendes Urteil: Der Ehrengerichtshof hat dahin erkannt, daß die Berufung des Generalstaatsanwalts zu verwerfen und die Kosten des Verfahrens der Anwaltskammer der Provinz Brandenburg aufzuerlegen seien.

Der Ehrengerichtshof hat den Folgerungen des Herrn Oberreichsanwalts nicht beitreten können, sondern hat sich in allen Punkten den Ausführungen der Vorinstanz angeschlossen. Es ist daher, wie geschehen, erkannt worden.

Dr. Liebknecht bleibt also weiter Rechtsanwalt. Als Zuhörer waren lediglich der Bruder des Angeeschuldigten, Rechtsanwalt Theodor Liebknecht, und dessen Sozjus, Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn-Verlin, anwesend. Es haben nur Rechtsanwälte, die dem Oberlandesgerichtsbezirk des Angeeschul-

bigten, im vorliegenden Falle die zum Kammergerichtsbezirk gehörenden Rechtsanwältinnen Zutritt. Auch das Urteil wurde in nichtöffentlicher Sitzung verkündet.

Das Verfahren gegen Dr. Karl Liebknecht wird eines der unrühmlichsten Blätter im Buche der deutschen Justizgeschichte bleiben. Wenn auch das letzte Ziel, das der Verfolgungssucht der herrschenden Bürokratie vorzuschwebte, die Ausstoßung des politischen Gegners aus dem Stande der Rechtsanwältinnen, nicht erreicht werden konnte, — daß dieses Ziel überhaupt ernstlich erstrebt wurde, daß noch über die schwere Festungsstrafe hinaus der politische Andersdenkende für „unwürdig“ erklärt und der Berufszugehörigkeit beraubt werden sollte, dieses Verlangen, dieses Unternehmern kennzeichnet den fanatischen Ungeist jener verfolgungssüchtigen Kreise.

Nachdem der Ehrengerichtshof der Provinz Brandenburg, der sich nur aus Standesgenossen des Angeeschuldigten zusammensetzte, den Versuch der Staatsanwaltschaft zurückgewiesen und in einem sehr klaren und verständigen Urteile die Ehrenhaftigkeit und Würdigkeit Liebknechts betont hatte, wäre es freilich ein übermäßig großes Kunststück gewesen, wenn jetzt die Berufungsinanz in Leipzig zu einer entgegengesetzten Auffassung hätte gelangen wollen. Es wäre nicht nur ein Verbrechen an der Gerechtigkeit gewesen, Liebknecht aus der Rechtsanwaltschaft zu beseitigen, es wäre zugleich eine politische Torheit ersten Ranges gewesen, die allerdings den Reichsgerichtsräten und Anwälten, die den Ehrengerichtshof zusammensetzten, von der Regierung und ihrer Staatsanwaltschaft dringend abgefordert wurde. Denn ein solches Urteil hätte nicht nur in den Kreisen der Arbeiterklasse, für deren Interessen der Angeeschuldigte kämpft, die tiefste Verbitterung herbeiführt, es wäre auch sonst in der Bevölkerung und im besonderen im Stande der Rechtsanwältinnen selbst als Wahrzeichen eines brutal-reaktionären Kurzes erkannt worden, der alles hinter sich lassen würde, was die jetzige „liberale Aera“ unter dem Fürsten Bülow sonst schon bescherte. Der Leipziger Ehrengerichtshof entschloß sich nach langer, schwerer Beratung, dieses Uebermaß der Justizreaktion zu meiden.

Es war auch wahrlich gerade genug und allzuviel an Klassenstaatlicher Betätigung, daß ein Mann, der lediglich politische freigeistliche Ueberzeugungen vertrat, wegen mühselig konstruierter Vorbereitung zum „Vorberrath“ auf 1 1/2 Jahr seiner Arbeit und Freiheit beraubt werden durfte. Möge unser Partei-genosse nun auch den Rest der Festungshaft gut überdauern, um dann wieder mit uns im Kampf zu stehen gegen den Klassenstaat und gegen die Justiz dieses Klassenstaates!

Unhaltbares Urteil. Das Gewerbegericht in Gotha, unter dem Vorsitz des Assessors Rabiach, fällt ein Urteil, das als unerhört bezeichnet werden muß. Vier Arbeiter einer Sbeditionsfirma klagten wegen kündigungslöser Entlassung auf Entschädigung von 14 Tagen Lohn. Zur Beilegung der Differenzen ließ sich der Unternehmer Gehfarrh durch seinen Buchhalter Knappe bei der Unterhandlung mit den Arbeitern betreten. Wäßlich trat er hinzu und entließ die Arbeiter, ohne ihnen die Papiere herauszugeben und den Lohn auszuzahlen. Der Buchhalter und ein anderer Zeuge bezeugten, daß die Entlassung ausgesprochen wurde. Das Gericht beriet eine Stunde und nahm die Verhandlung wieder auf, um festzustellen, ob der Unternehmer die Arbeiter zum Abarbeiten der Kündigungsfrist aufgefordert habe. Es wird festgestellt, daß davon nichts gesagt wurde. Darauf wurde nach kurzer Zeit das unerhörte Urteil ausgesprochen: das Gericht verurteilt den Unternehmer, den Klägern je 84 resp. 71 Pfg. zu zahlen und weist die Kläger mit der weiteren Forderung ab, verurteilt dieselben zu neun Zehnteln der Kosten, weil sie dem Unternehmer nicht angeboten haben, die 14 Tage Kündigungsabzuarbeiten!!! Also trotzdem eidl ich festgestellt worden ist, daß die Kläger entlassen waren, trotzdem der Unternehmer erklärte, die Kläger zur Weiterarbeit während der Kündigungsfrist nicht aufgefordert zu haben, trotzdem der Unternehmer es weiter ablehnte, die Kläger jetzt noch die 14 Tage zu beschäftigen, trotz allem und allem werden die Kläger abgewiesen!

Es lebe die Gerechtigkeit!

Lohn- und Streik Klausel bei Vergabe städtischer Arbeiten abgelehnt. Der Verband der Bauhilfsarbeiter zu Dresden hat an die städtischen Kollegien das Gesuch gerichtet, bei Vergabe städtischer Arbeiten an Unternehmer eine Lohnklausel dergestalt in den abzuschließenden Vertrag aufzunehmen, daß der Unternehmer verpflichtet sein soll, die mit der Gewerkschaftsorganisation tariflich festgesetzten Löhne und die vertragsmäßig niedergelegten Arbeitsbedingungen einzuhalten. Vor Entschädigung auf das Gesuch hat der Rat zunächst den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Dresden gehört. — Dieser hat sich mit der Annahme der Lohnklausel in die Verträge nur unter der Voraussetzung einverstanden erklärt, daß in die Verträge gleichzeitig auch die vom Arbeitgeberbunde beschlossene Streik Klausel Aufnahme findet, die dahin geht, daß bei einem Ausstände oder einer Aussperre der Arbeitnehmer oder Arbeitgeber die Bauzeit sich um die Dauer des Ausstandes oder der Sperre zu verlängern hat, gleichviel ob diese einen teilweisen oder gänzlichen Stillstand der übernommenen Arbeiten herbeiführt haben. Nach Prüfung der Sachlage hat der Rat beschlossen, sowohl die Aufnahme der Lohnklausel wie die Einschaltung der Streik Klausel in die Werkverträge der Stadt Dresden abzulehnen.

Dieser Beschluß des Dresdner Rats sieht ja äußerlich recht unparteiisch aus. Es fragt sich nur, ob nicht im Ernstfalle doch die Unternehmer die gewünschte Berücksichtigung finden. Daß die Arbeiter dieselbe nicht finden werden, daran zweifeln wir nicht. In Wirklichkeit wird es ja allemal so sein, daß die Streik Klausel für die Unternehmer Gültigkeit haben wird. Der reaktionäre Stadtrat von Dresden hat für sozialpolitischen Fortschritt noch niemals großes Interesse übrig gehabt. Auch die Steinmehnen sind schon mehrmals mit ihren Petitionen hinten runtergerutscht.

Berechtigte Interessen des Gewerkschaftsführers. Der Kammmacher Georg Bauer wurde in Nürnberg vom deutschen Metallarbeiterverband ausgeschlossen, nachdem er keine Beiträge mehr gezahlt hatte. Später in Peggau in Arbeit tretend, ließ er sich wieder in den Metallarbeiterverband aufnehmen. Eines Tages machten seine Kollegen aber die Wahrnehmung, daß Bauer für den Arbeiter, das Organ der christlichen Gewerkschaften, selbst agitatorisch tätig sei. Von der Verbandsleitung zur Rede gestellt, erklärte er kurzerhand seinen Austritt aus dem Metallarbeiterverband. Mit Hilfe der katholischen Geistlichkeit gründete Bauer dann am selben Orte eine christliche Gewerkschaft. Wegen seines hinterlistigen Handelns — es kamen noch verschiedene andre unschöne Handlungen dazu — hatte er sich für die Folge die Freundschaft seiner Mitarbeiter verscherzt und er verzog nach Bamberg. Dort weckte Bauer auch sehr bald das Mißtrauen seiner Mitarbeiter, die seine Vergangenheit nicht kannten. Nachdem sich das Mißtrauen gegen Bauer durch verschiedene Vorkommnisse verstärkt hatte, holten seine Kollegen bei dem Vorsitzenden der organisierten Arbeiter in Peggau, dem vorigen Wirkungsort des Bauer, über diesen Auskunft ein. Der Genosse Gantner in Peggau schrieb deshalb einen Brief an die Kollegen in Bamberg, durch den sich der Bauer beleidigt fühlte und klagte. Der Genosse Gantner wurde aber in zwei Instanzen auf Grund des § 193 freigesprochen, weil er als Gewerkschaftsführer in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe, als er seinen Verbandsmitgliedern in Bamberg auf Wunsch eine Charakteristik des Bauer sandte.

Die Christlichen sind über dieses vernünftige Urteil natürlich sehr erobert, es ist ihnen nicht angenehm, daß die Charakteristik des Bauer so wahrheitsgetreu und straflos gegeben werden durfte.

Konferenzen über die Reform der Arbeiterversicherung. Ende dieses Monats finden im Reichsamte des Innern die von dem Staatssekretär des Innern zugefügten und bereits mehrfach angekindigten Konferenzen mit Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter über die bevorstehende Reform der Arbeiterversicherung statt. Für den 23. Oktober sind Vertreter der Drisch-, Betriebs-, Innungs- und Knappschaffts-, Krankenkassen, der freien Hilfskassen sowie Vertreter der Kassenbeamten geladen. Am 24. Oktober wird über die Frage des Arzneimittelbezugs für Krankenkassen und der Behandlung von Zahnkrankheiten ebenfalls unter Zuziehung ausgewählter Sachverständiger sämtlicher Interessengruppen verhandelt. Für den 27. Oktober ist eine Besprechung mit Vertretern der Unfallberufsgenossenschaften, der Landesversicherungsanstalten und der Aufsichtsbüros unter Beteiligung von Laienmitgliedern des Reichsversicherungsamtes angesetzt. Außerdem sind zu allen Verhandlungen, deren Leitung durch den Staatssekretär des Innern, Staatsminister Dr. v. Bethmann-Hollweg, erfolgen wird, die beteiligten Reichsbehörden, die größeren Bundesstaaten und das Reichsversicherungsamt eingeladen.

Steinerne Wirtschaftsbücher. Vor einigen Jahren sind an verschiedenen Stätten in Mesopotamien Tafeln gefunden worden, die mittlerweile mit großer Mühe entziffert wurden. Eine ganze Reihe dieser sind als wirkliche steinerne Wirtschaftsbücher erkannt worden, die einen trefflichen Einblick in die Verhältnisse gestatten, wie sie vor etwa 5000 Jahren in diesem Lande geherrscht haben. Die Buchführung über einen weit ausgedehnten Wirtschaftsbetrieb kann heutzutage nicht peinlicher geschehen, als es schon dazumal geschah. Man findet jedes einzelne Feld, jeden Weidgrund aufgezeichnet, erfährt die Menge der Aussaat, das Erntequantum, die Löhnung an die Landarbeiter, die Verwendung des Viehes, die für Viech gezahlten Miet- und Kaufpreise, das ihnen gewährte Futter usw.; man liest, wie die Staatsklaven beschäftigt wurden, wie man die Bewachung und Aufsicht gestaltete und verschiedenes andre. Die Tempelverwaltung, von der die Bücher geführt wurden, hatte auch eine große Menge Hirten für die Rinder, Schafe, Ziegen und Gsel angestellt. Die Schafzucht stand in hoher Blüte, und der saftige Schöpfenbraten scheint das Lieblingsgericht der Priester gewesen zu sein; wurden doch tagtäglich 63 Schafe in den Tempel gebracht, geschlachtet und verzehrt. Auch die Verpackung von Grundstücksanteilen war schon vor 5000 Jahren fast ganz so wie heute; ebenso gab es Tierärzte, Kornspeicher usw. Und diese Kulturwelt ist vergangen für ewige Zeit.

Tödlich verunglückt. Durch vorzeitiges Losgehen eines Sprengschusses in einem Steinbruch zu Wettin wurde der Arbeiter Kojowshy so schwer verletzt, daß er in dem Galleischen Diakonissenhause, wohin er gebracht worden war, verstorben ist. Hoffentlich wird der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft die nötige Aufklärung, welche Manipulationen angewendet wurden, daß der Schuß vorzeitig losging.

Literarisches.

Jahrbuch des Zentralverbandes der Maurer für 1907. Das Jahrbuch ist geschickt zusammengestellt. Aus dem Inhaltsverzeichnis sei hervorgehoben: Allgemeines, Verbandsrat und Konferenzen, Unterrichtsurf, Hauptverwaltung, Gaue, Zweigvereine, Mitgliederbewegung, Beitragszahlung, Finanzen, Rechtsschutz, Reiseunterstützung, Sterbe- und Krankenunterstützung, Zeitungen und sonstige Schriften, Lohnbewegungen, Tarifverträge, Bautätigkeit und Gausleiterberichte. Die Gruppierung ist sehr geschickt, der Bericht natürlich sehr lesenswert.

Allgemeine Bekanntmachungen.

An die Kollegen im VII. Gau (Süd)! Da der Unterrichtsurf am 17. Oktober beendet ist, so erlaube ich die Kollegen, alle Briefenbunden usw. wieder an meine Adresse gelangen zu lassen. Ad. Herrmann, Gausleiter, Frierer Str. 6, II.

Frankfurt a. D. Ich erlaube die Vertrauensmänner, mir die Adresse des Steinmehnen Artur Thomas, geb. am 10. Januar 1876 in Frankfurt a. D., wegen dringender Familienverhältnisse bekanntzugeben. M. Felt, Vorsitzender, Kl. Fruchtstraße 3c.

Hannover. Die Reiseunterstützung zahlt aus: Friedrich Apel, Fernroder Straße 5a, 2. Hinterhaus, I. I.

Wettin. Der Steinmeh D. Staude hat mit 12 Mk. Verbandsgeldern das Weite gesucht. Ich bitte, daß mir sein Aufenthalt bekannt gegeben wird. Johann Piegla in Diemianowiz bei Katowiz (O.-Schl.), Kurze Straße 14.

Ruppolding. Kollege Ziegler mag seine Adresse einsenden. Johann Schmidt, Vorsitzender.

Selb. Der Steinmeh Christian Puberl mag sofort seinem Vater den jetzigen Aufenthalt mitteilen: Die Mutter des Geliebten ist toeben gestorben. Johann Hertel.

Adressen-Änderungen.

Offenbach. Vorl.: Philipp Laiz (Wohnungsangabe fehlt. Red.). Kass.: Peter Braun, Bürgel, Feldstraße 13.

Speyer (Wfal). Vorl.: August Semar, Kämmerer Str. 23a. Kass.: Friedrich Bröh, Löwengasse.

Wetzlarburg. Vorl.: Emil Wiesenhaden, Jagnitz bei Rodlitz, Nr. 13.

Quittung.

Gingegangene Gelder vom 5. bis mit 10. Oktober.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inzerate, X. = Extrasteuer.)

Gerbach (Baden), B. 72,55, K. 0,40, M. 2,50; Cloppenburg, B. 2,30; Delitzsch, B. 7,15; Schmölln, B. 3,60; Frier (Lorenz), B. 3,70; Hab Müllins, B. 69.—, E. 6,25; Bamberg, K. 6.—; Köln I, B. 460.—, E. 12,50, K. 20.—, M. 2,80; Gießen, K. 0,20; Erford, B. 80,96, E. 2.—, K. 0,80, M. 1,50; Jena, B. 2,30, K. 2,70; Klingenmünster, B. 42.—, M. 2,50; Kleinrinderfeld, B. 161.—, E. 2.—, K. 2.—, M. 1,25; Meißner II, B. 210.—, Ins. 6,60; Otterbach, B. 47,04, M. 0,20; Pöggwitz-Löwenberg, B. 345.—, E. 2.—, M. 4,50; Rütten, B. 23.—, K. 2.—; St. Johann, B. 119,60, E. 4.—, K. 1,10, M. 0,20; Würzburg, B. 116,88, E. 7.—, K. 11,80, M. 7,50; Rostock, K. 20.—, M. 4.—; Ober-Dorla, B. 139,46, E. 0,50, K. 7,30, M. 0,20; Münster, B. 78,66, K. 1,10; Mühlhausen (Thür.), B. 161,46, K. 0,30; Mainz, B. 18,40, K. 1,20; Löbejün, B. 145,84, E. 1.—, K. 4,70; Gera, B. 175,72, K. 2,60; Freiburg (Baden), B. 138.—, M. 5.—; Garschhausen, B. 37,71, M. 1.—; Darlingerode, B. 69.—; Demitz-Thumitz, B. 630.—, E. 3,50; Köln II, B. 276.—, E. 8,75; Bruckmühl, B. 184.—; Mitteltingen, B. 43,68, E. 0,50, K. 1,80, M. 0,50; Torgau (Stäbelin), B. 5,50; Stenbal (Sesau), B. 6,30, (Burgard), B. 12,05; Leipzig (Mantey), K. 0,50; Sangerhausen, K. 0,20; Pflaumheim, K. 0,20; St. Johann (Bürger), Ins. 8,10; Widenbach, B. 52,50, K. 1.—; Dresden, B. 690.—, E. 50.—, K. 15,65; Ziegelanger, B. 55,44, E. 5,50, K. 7,50, M. 1,50; Görlitz, B. 222.—, E. 5.—, K. 10.—; Leonbrunn, B. 32,30, K. 4,50; Offenbach a. M., E. 1,50, K. 10,50, M. 1,50; Straßburg, B. 920.—; Stettin, B. 63.—, E. 1.—, K. 0,80, M. 2,50; Wenta-Madwitz, B. 230.—, E. 5.—, K. 20.—; Sparneck, B. 75,24, B. 2.—, K. 4,30; Meß, B. 145.—; Hamburg II, B. 483.—, K. 4,35, M. 8.—; Erfurt, B. 109,02; Bremen,

B. 283.—, E. 0,50; Berlin I, B. 460.—; Granitzwerk Steinerne Renne, Ins. 2,50; Merseburg, B. 10,40; Neundorf, B. 5.—; Neumünster, B. 4,50; Embden, B. 3,40; Köln (Hobmann), Ab. 0,90; Breslau, B. 342,95; Bayreuth, B. 47,88, K. 10,40; Cramwink, B. 20,70, K. 1,80; Kamenz, B. 252.—, E. 1,25; Rütchenbach, B. 180.—; Ohlensfurt, B. 112,70, E. 2.—, K. 4,70; Wessbaden, ? 8,25; Dürr-Brnsdorf, B. 13,30, E. 3,50, K. 0,85; Buchenau, B. 17,02, M. 2,22; Leipzig I, auf Konto Leipzig II, B. 170,20, K. 8.—; Schönbach, K. 0,20. Ludwig Geiß, Kassierer.

Briefkasten.

Rütchenbach. Der Bericht war zu unbedeutend. Wegen der geschilderten Affäre erscheint uns ein Eingreifen nicht notwendig zu sein. Ist für diesen Kollegen erst jetzt das Verbandsinteresse gewachsen? — M. Der Artikel konnte aus räumlichen Gründen in der letzten Nummer nicht mehr untergebracht werden. Warum den unsere Toleranz anweisen? — **Werkmeister.** Die Schilderung war sehr interessant. Besten Dank. — **Karlruhe.** Der Brief wird beachtet. — **M. W.** Der § 5 des Gewerbeunfall-Versicherungsgesetzes enthält keinen Abiaz 9. — **W. Weida.** Wir haben sofort Recherchen gepflogen, ob der erbobene Vorwurf aufrecht erhalten werden kann.

Anzeigen.

(Bei Inzeraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitnehmenden, sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Berlin II.
Mittwoch, den 21. Oktober, abends 8 1/2, Uhr
Mitglieder-Versammlung
bei Engel, Seydelstraße 30.
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Vierteljahrs-Abrechnung. 3. Gewerkschaftliches.
Um ream Besuch erucht Die Ortsverwaltung.

Berlin I.
Sonntag, den 25. Oktober
Grosses Herbst-Vergnügen
in der Lebensquelle, Kommandantenstr. 20
bestehend in
Konzert, Theater, Tanz.
Mitwirkende: Berliner Sänger. Dir.: Kuppler-Gold.
Die Musik wird ausgeführt durch Mitglieder des Zentral-Verbandes der Musiker.
Beginn des Konzerts präzis 5 Uhr.
Eintrittspreis für Herren und Damen 30 Pfg.
Die Kollegen der Filiale II sind freundlichst eingeladen.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet
Das Vergnügungskomitee.

Albert Baumann
Werkzeugfabrik und Härtewerk
Aue (Ergeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende gratis!
Lieferung sofort.

Spezialhaus für Berufskleidung
Eigene Anfertigung
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.
Jacketts, Hosen
Emil Keidel, Hamburg 6
Bartelsstraße 101.

Prachtkinderwagen
Verbede sich selbständig auf- und niederbewegend, erhalten Sie elegant zum Fabrikpreise mit 10 Prozent Rabatt direkt von der Kinderwagenfabrik
Julius Tretbar, Grimma 627.

Steinhauer und Schleifer
sucht
Oberschlesische Zement-Industrie
in Oziergowitz.

Zwei tüchtige Granitsteinmehnen
sucht für sofort
A. Haink, Kamenz i. Sa.

Gestorben.
In Dresden am 9. Oktober der Kollege **Andreas Hubel**, 32 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Pirna am 3. Oktober der Kollege **Julius Michel**, 67 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
Chre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Die Einheitlichkeit der politischen Arbeiterbewegung eine gewerkschaftliche Forderung.

Der Vorwärts bringt in seiner Nummer vom Sonnabend über obiges Thema einen sehr beachtenswerten Artikel, den wir stellenweise wiedergeben.

Ist die deutsche Arbeiterbewegung auch erfüllt von der Ueberzeugung, daß die wirtschaftliche Entwicklung, die Konzentration des Kapitalbesitzes und die Vereinerung der Unternehmerinteressen gegen die Arbeiter, immer wieder von neuem die Arbeitermassen zu einem einheitlichen Kampfeskörper zusammenschließen müssen, so sind wir doch in diesen Zeiten der wirtschaftlichen Krise und des heftigen Klassenkampfes für den Augenblick unsicher geworden über eine gewisse Unklarheit, die die Verhandlungen des Nürnberger Parteitag, nicht seine Beschlüsse, in die Kampfesreihen des Proletariats gebracht haben.

Vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus ist die Budgetbewilligung sicherlich nichts Gleichgültiges, die Autonomie der einzelnen Landesorganisationen aber etwas sehr Gefährliches. Die verfluchte Bedürfnislosigkeit ist etwas, was der Gewerkschaftler nicht minder bekämpfen muß, als die Sozialdemokratie in der politischen Bewegung. Die Zustimmung zum Budget ist somit etwas, wofür sich der Gewerkschaftler, der für die Politik Vergleichspunkte in der Gewerkschaft selbst sucht, nicht zu begeistern vermag, jedenfalls nicht auf die Dauer. Viele Führer und Mitglieder der Gewerkschaften mögen — im Gegensatz zum Schreiber dieser Zeilen — in der Budgetbewilligung etwas rein Politisches, für die gewerkschaftliche Beurteilung Nebenächliches sehen. Aber in der Autonomie der einzelnen süddeutschen Landtagsfraktionen und in der Stimmung, die hierfür gemacht wird, in der Haltung mancher süddeutscher Parteigänger bei Besprechung dieses Streitpunktes dürften weitsichtige Gewerkschaftler mit der Zeit doch ein bössartiges Haar erkennen, das die ganze Suppe verderben könnte. Die älteren Gewerkschaftler wissen sehr wohl, daß bis vor wenigen Jahren in Süddeutschland eine — man entschuldige das — partikularistische Strömung in den Gewerkschaften bestand, und daß Reste hiervon, wenn auch in verärrerter Gestalt, auch heute noch dem genauen Beobachter erkennbar sind. Die Agitation für die gewerkschaftlichen Zentralverbände stieß in Bayern vor allem auf schwere Hindernisse, weil die einheimischen Arbeiter von den „Preußen“ nichts wissen wollten und weil sie ihr Geld nicht „nach Berlin“ schicken wollten. Zum Teil ging das so weit, daß abgesehen von manchen Lokalvereinen, auch auf Süddeutschland beschränkte Organisationen bestanden, wie der süddeutsche Zimmererbund. Eine starke Disziplinlosigkeit süddeutscher Zirkelverbände und eine wohlüberlegte, aber stets behauerte Nachgiebigkeit der Zentralverbände gegen die süddeutschen Zirkelverbände, besonders in Streitangelegenheiten, gehören noch nicht lange der Geschichte an. Mancher Streik im Baugewerbe Münchens könnte da als Beispiel angeführt werden. Wenn wir von Resten dieser Stimmung in der süddeutschen Arbeiterschaft sprachen, so sind diese im letzten Jahrzehnt bei den sozialdemokratischen Arbeitern fast gar nicht mehr anzutreffen gewesen; seit einigen Jahren hörte man in unseren Organisationen nicht mehr von einer Antipathie gegen die „Preußen“, womit früher die Zentralverbände gemeint waren, noch auch von einem Widerstand dagegen, daß das Geld nach Berlin geschickt werde. (Uebrigens strömte aus den gewerkschaftlichen Zentralkassen mehr Geld nach Süddeutschland als von dort her kam.) Die christlichen Gewerkschaften haben aber, obgleich für sie auch das Prinzip der Zentralisation gilt, viel mit partikularistischen Bestrebungen zu kämpfen. Da bestehen noch eigene württembergische, eigene bairische und badische Verbände, weiter noch viele lokale Organisationen. Endlich ist es auch kein Zufall, daß die gelben Lokalorganisationen viel kräftiger in Süddeutschland gedeihen als in Norddeutschland.

Wenn nun in der politischen Parteipresse und in politischen Versammlungen unserer Partei in Süddeutschland das Recht der Autonomie in Landesangelegenheiten immer wieder von neuem und mit einer sich nicht minderen Energie betont werden sollte, so kann man diese Aufforderung partikularistischer Stimmungen in der Arbeiterschaft, selbst den besten Willen hierzu vorausgesetzt, nicht auf das Gebiet der Politik beschränken. Dann wird sich über kurz oder lang diese Geistesrichtung auch in die Gewerkschaften Eingang verschaffen. Die Frage, ob in Ingolstadt die Tischler eine Arbeitszeitverkürzung verlangen dürfen, erscheint diesen nur zu häufig als eine rein lokale Angelegenheit. Viele können es gar nicht begreifen, daß bei der Entscheidung, ob in Ingolstadt von 27 Tischlergehilfen gestreikt werden darf, das entscheidende Wort vom Zentralvorstand in der Neuen Friedrichstraße in Berlin gesprochen werden soll. Wie leicht kann es dazu

kommen, daß sich die Tischlergehilfen in Ingolstadt ebensowenig um die Generalversammlungsbeschlüsse des Holzarbeiterverbandes kümmern, wie die Abgeordneten im Landtage um die Beschlüsse von Lübeck, Dresden und Nürnberg. — Zu demartigen bösen Beispielen könnte es leicht kommen. Sie könnten auf den so kunstvollen und in jahrelangen Mühen errichteten Bau unserer Zentralorganisationen außerordentlich ungünstig wirken. Nichts könnte unsern Unternehmern erwünschter sein, nichts ihren Jubel ebenso sehr auslösen, wie die Befriedigung der bürgerlichen Presse über unsere süddeutschen Landesorganisationen, als wenn die Autonomie der Gewerkschaften für die einzelnen Bundesstaaten proklamiert würde. Die Zerstückelung und Zerfegung der Arbeiterbewegung in allen ihren Formen ist eine der höchsten und bedeutungsvollsten bürgerlichen Interessen.

Wer die Gewerkschaftsbewegung kennt, der weiß, daß es auch Landtage der bayerischen Textilarbeiter, der württembergischen Maurer, der elbsch-lothringischen Buchdrucker, daß es eigene Beamte für größere Landesteile, daß es Provinzial-Agitationskommissionen, daß es Gauverbände und ähnlich benannte Körperschaften gibt, die auch plötzlich die Einheit in Reichsangelegenheiten und die Selbständigkeit in Landes- und Gauangelegenheiten proklamieren könnten. Stimmungen dieser Art sind nie völlig zum Schweigen gebracht worden. Deshalb soll man der Gefahr ins Auge sehen und den Brand löschen, bevor er die ganze Arbeiterbewegung erfasst und die Arbeit von Jahrzehnten in Frage stellt.

Wir glauben somit gezeigt zu haben, daß die Einheit, Geschlossenheit und Disziplin der sozialdemokratischen Partei und die Durchsetzung ihrer Parteitagebeschlüsse ein gewerkschaftliches Interesse ersten Ranges ist. Die Gewerkschaftsbewegung wird im wesentlichen von denselben Menschen getragen und bestrebt von keinem andern Geiste erfüllt als die politische Arbeiterbewegung. Die Geschlossenheit, der Zentralismus, die Einheit, die Disziplin und die Solidarität der Gewerkschaftsbewegung wird bedroht, wenn in der Parteibewegung mit dem Gedanken der Autonomie einzelner Länder weiter gespielt werden sollte. Wie schwer die Streikreglements durchzusetzen sind, wie schwierig es oft war, ihnen besonders in Süddeutschland Nachachtung zu schaffen, weiß jeder, der in oder mit der Leitung eines Zentralverbandes gearbeitet hat. Wer die Verhandlungen der internationalen Gewerkschaftskonferenzen, so insbesondere der von Amsterdam in Erinnerung hat, der weiß wie schwer die österreichische Gewerkschaftsbewegung unter der Autonomie der tschecho-slawischen Gewerkschaftskommission leidet.

Die Proklamation der Autonomie mindert auch die Kraft derjenigen Körperschaften, die aus dieser Autonomie gesteigerte Selbständigkeit und erhöhtes Ansehen zu ziehen glauben. Neben den Landtagen bestehen Gemeindeverwaltungen mit sozialdemokratischen Fraktionen, zwischen den Gemeindeverwaltungen und den Landtagen gibt es andre selbständige Körperschaften, in die die Sozialdemokratie ihre Vertreter hineinzubringen sucht. Werden sie alle von der Proklamation der Selbständigkeit ihren Nutzen ziehen wollen, dann werden sie die Landesorganisation schwächen, sie werden an Stelle der Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Gesamtpartei und damit auch der Landesparteien ununterbrochen sich widersprechende autonome Körperschaften schaffen. Welche Gefahr das für die politische Arbeiterbewegung haben kann, haben wir schon an andrer Stelle gesehen; jeder Vertreter der Gewerkschaften wird in diesen Konsequenzen der Theorie der Budgetbewilligung die größte Gefahr für die gesamte Arbeiterbewegung und vielleicht im allerhöchsten Maße für die Gewerkschaftsbewegung erkennen.

Eine kritisierte Kritik.

„Solange ich die Junge und Feder rühre, werde ich jeder Gefahr, der Partei durch unnütze, aufregende Diskussionen zu schaden und sie zu zerrütten, mit äußerster Entschiedenheit entgegenzutreten.“ Mit diesen Worten des Genossen Frohme begann die kritische Würdigung des Nürnberger Parteitages seitens unseres Fachorgans. Wer dieselbe jedoch gelesen hat, wird die Verheerung dieser selbstverständlichen Pflicht arg vermisst haben. Die Art und Weise, gegen Andersdenkende zu polemisieren, sie durch allerlei Unterstellungen in Mißkredit zu bringen, ist geeignet, gerade das Gegenteil hervorzuheben. Man höre: „Es gibt Leute in der Partei, die alles verwerfen, wenn bei einem Abkommen die Generalkommission die Hand im Spiele hat. Sie lächeln dann davon, daß sich die Parteileitung dem „Diktum“ der Generalkommission zu unterwerfen hätte. Es muß dann jeder, der noch ein radikal schlagendes Herz säuberlich im Rufen trägt, das Abkommen zu unterminieren versuchen.“

Ganz besonders hat es die Leipziger Volkszeitung unserer Redaktion angetan. Die Volkszeitung schrieb: „Ebenso erfreuen

lich ist auch die Entscheidung, die der Parteitag über die Regelung der Maifeier getroffen hat. Dadurch, daß er dem Abkommen, das Parteivorstand und Generalkommission über die Maifeier getroffen, die Zustimmung versagte, hat er ausgesprochen, daß er für keine Abschwächung dieser Welt demonstration zu haben ist.“

Der Steinarbeiter folgert daraus: „Diese Stillübung besagt natürlich nichts andres, als daß die Kosten für die Maifeier die Gewerkschaften in echt brüderlicher Liebe — allein zu tragen haben.“ Es liegt mir fern, die Redakteure der Leipziger Volkszeitung, von denen unser Redakteur mit „berückter (?) Bewunderung“ schreibt, daß jeder für sich ein Demosthenes sei, unterstützen zu wollen. (Die Bewunderung gegenüber der Volkszeitungsredaktion ist unsererseits aber nicht im geringsten vorhanden. Red. d. Steinarb.) Doch gelingt es mir vielleicht, das schier Unmögliche zu vollbringen, unsern Redakteur von seiner verkehrten Auffassung in der Maifrage zu befreien, die die Beurteilung der Parteitagsdebatten aufs ungünstigste beeinflusst hat.

Zunächst sei festgestellt, daß nicht „das ewige Aufrollen dieser Frage den Massen die Beteiligung an der Maifeier bereuen muß“, sondern die Umstände, welche zur fortwährenden Kritik Veranlassung gegeben haben und noch geben. In erster Linie sind es die verschiedensten Zentralleitungen und Redaktionen, unsere nicht ausgeschlossen, welche durch mangelhafte, feine oder gar gegnerische Agitation, sowie durch Abwälzung der Unterstützungskosten ein Fortschreiten des Maigedankens verhindern, bezw. nicht gefördert haben. Wenn behauptet wird, daß unser ganzer gewerkschaftlicher Kampf ja die Verförperung dieser Idee sei, so trifft dies im allgemeinen zu, man bedenkt jedoch nicht, daß eine öffentliche Bekundung, das persönliche Eintreten für die Idee einen enormen agitatorischen Wert hat, der auch nach außen hin, den Unternehmern, überhaupt der herrschenden Klasse gegenüber seine Wirkung nicht verfehlt. Angeblieh ist es jedoch diese Wirkung, welche unsern Maigegnern ihren ablehnenden Standpunkt aufzwingt, weil sie mit Geldkosten verknüpft ist, welche ihrer Meinung nach nutzbringender angelegt werden könnten.

Nachbringer . . . Hierin liegt des Pudels Kern. Der gewerkschaftliche Kampf dient der Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, oder treffender gesagt, der Erhöhung des Lohnes und der Verkürzung der Arbeitszeit. Dieser Kampf ist jedoch nur ein Teil des proletarischen Befreiungskampfes aus den Fesseln des Kapitalismus. Neben dem Lohnkampf muß die Erringung der politischen Macht Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft sein. Mit der speziellen Wahrung ihrer politischen Interessen hat die aufgeklärte Arbeiterschaft die sozialdemokratische Partei betraut. Die gleichzeitige Führung des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes erfordert ein Zusammengehen beider Richtungen. Soll das Wort: „Partei und Gewerkschaften sind eins“ Geltung haben, so müssen wir beiden Richtungen Rechnung tragen. Läßt sich auch die Leitung beider Richtungen zurzeit nicht vereinigen, so ist eine Trennung in der Erfüllung der beiderseitigen Pflichten unmöglich. Man kann nicht den einen Teil vernachlässigen, ohne den andern zu schädigen, wie denn auch der Erfolg des einen dem andern zugute kommt. Einen Hauptpunkt in der Maifrage spielt die Aufbringung der Mittel. Wie die Leitung der beiden Richtungen liegen auch die Kassengeschäfte derselben getrennt. Die Trennung liegt jedoch nur in der Ausführung. Als Aufbringung der Mittel für beide Richtungen haben wir keine Ursache, darüber zu streiten, aus welchem Topf die Kosten für eine gemeinsame Sache gedeckt werden. Hierüber können nur die verfügbaren Mittel ausschlaggebend sein.

Nun wird von beiden Richtungen behauptet: „Die zentralen Kassen gestalten es nicht, usw.“, folglich müssen die Kosten auf örtlichem Wege herbeigeschafft werden. Auf allen Gebieten wird die Zentralisation angestrebt und zwar mit Recht. Die Zentralisation hat sich als die schärfste Waffe sowohl bei uns, als auch in der Folge bei den Unternehmern erwiesen. Weil jedoch der Nutzen der Maifeier verkannt wird, da dieselbe fälschlich als Selbstzweck angesehen wird, anstatt als Mittel zum Zweck, nämlich zur Erziehung opferbereiter Kämpfer, gibt man diesem System keinen Mann und keinen Groschen.“ Nicht mit Idealen sucht man Anhänger zu gewinnen, sondern durch Vorklärung augenblicklicher Vorteile. Nun möchte ich beileibe nicht falsch verstanden werden. Das Unterstützungswesen ist notwendig, aber nur soweit es den Kampf fördert. So fordern wir beispielsweise die Arbeitslosenunterstützung, um den Kämpfern das Rückgrat zu stärken, zu verhüten, daß sie sich den Unternehmern bedingungslos, d. h. unter Außerachtlassung des Tarifes usw. in die Arme werfen. Auch unsere bestehenden Unterstützungs-zweige dienen demselben Zweck.

Ist nun die Maifeier ein Erziehungsmittel, die Kampfes-

Sunsteinen aus Dachschieferabfällen.

Unwertbare Abfälle gibt es heute fast in der ganzen Industrie nicht mehr und vor früher her angesammelte, damals als wertlos betrachtete Materialien finden erst jetzt eine rentable Verwendung. Sehen wir z. B. den Kalksteinbruch früher und heute an, so ist der Unterschied ein ganz eminenter; riesige Berge von Abraum hatten sich angesammelt, welche nicht nur eine unerwünschte Beschränkung der Umgebung bildeten, sondern deren Erzeugung zwecks Auffüllung weiterer Abraum-massen immer schwieriger und daher kostspieliger wurde. Heute weiß man selbst damit etwas anzufangen und die inländischen Zementfabriken haben dank des billigen Preises des Rohmaterials die ausländische Konkurrenz fast ganz aus dem Markte geschlagen.

Ebenso wie im Kalkbergbau es ehemals war, ist auch im Dachschieferbergbau der Abfall eine große Last für den Bergbau treibenden; denn einesteils hat er 60—70 Prozent dieses Materials abzubauen und zu fördern, muß es also ebenso teuer bezahlen wie Schiefer, andernteils sammeln sich auch große Quantitäten dieses Abfalls an, welche in der Nähe des Förderpunktes unterzubringen sind und wiederum die Erwerbung großer Grundstücke, also bedeutende Geldausgaben veranlassen. Man hat deshalb auch hier schließlich versucht, diese Abfälle noch nutzbringend zu verwerten, und dies auch erreicht, indem man die Dachschieferabfälle in entsprechenden Maßhalten zu einem unfehlbaren feinen Mehl zermahlt und dieses mit überschüssigem Wasserdampf oder Wasser in Verbindung gebracht hat. Die hierzu nötige Einrichtung kann aus einer Zusammenstellung sonst gebräuchlicher Maschinen bestehen, z. B. einer hochstehenden Vorbrechmaschine, einer mit derselben durch ein Leitungsrohr verbundenen tieferstehenden Feinmahlmühle und zwei Mischzylindern, welche mit der Feinmahlmühle verbunden sind, mit im Innern angeordneter Flügelwelle. Das auf diese Weise erhaltene Gemenge enthält alle Eigenschaften des plastischen Tons und ist in der Tonfabrikation zu jedem Artikel, sogar zu den feinsten, vorzugsweise geeignet.

Weiter ist es auch möglich, das Schieferpulver gleichsam nur als Füllkörper zu benutzen und eine Verbindung mittels

Kalk oder Zement zu bewirken. Dabei kann man sogar Erzeugnisse gewinnen, welche in einigen Stunden gebrauchsfertig erhärtet sind. Die Verarbeitung resp. Behandlung ist sogar eine sehr einfache, da die geförnten Gegenstände beim Erhärten etwas schrumpfen, sich also sehr leicht aus den Formen entfernen lassen. Bei sachgemäßer Behandlung lassen sich so erhaltene Gegenstände sogar brennen und glastieren, behalten stets ihre Härte und sind wetterbeständig. Als ausschlaggebend ist der Zusatz geeigneter Mengen von Wasserglas zu bezeichnen; die Hauptbestandteile der Masse sind also Schiefer in Pulverform, Kalkhydrat und Wasserglas. Diese Materialien werden in besonderer Weise miteinander verarbeitet und ergeben die vorbezeichneten Resultate. Bei früheren Methoden zur Verarbeitung solcher Abfälle mittels Kalkhydrat wurde nicht vermieden, daß sich selbst schon beim Erhitzen durch Einwirkung der atmosphärischen Luft kohlenaurer Kalk bildete und dadurch dem Körper die Fähigkeit genommen wurde, den Dampferzeug zu ertragen. Bei einem brauchbaren, für die Dauer gleich hart bleibenden Stein ist es notwendig, daß bei dessen Herstellung die Möglichkeit der Bildung von kohlenaurer Kalk ausgeschlossen wird. Um dieser Bedingung gerecht zu werden, gestaltet sich die Herstellung künstlicher Steine aus Schieferpulver am besten wie folgt: Gepulvertes Schiefer und frisch gebranntes, zu trockenem Pulver vollständig gelöschter Kalk (Kalkhydrat) wird mit so viel wässriger Wasserglaslösung gemischt, daß auf jeden Teil sämtliches Kalkhydrat durch den Kieselsäuregehalt des Wasserglases in kieselsauren Kalk, oder wenn statt Kalkhydrat frischer Zement verwendet wird, in kieselsauren Tonerdalk übergeführt wird. Damit ist von vornherein die Bildung von kohlenaurer Kalk unmöglich gemacht. Die folgericht geschaffene breiartige Mischung wird in Formen gebracht, wo sie nach einigen Stunden erhärtet. Die fertigen Produkte können durch Einwirkung langsam steigender Wärme völlig hart gemacht werden, wenn man dies nicht der allmählichen Einwirkung der Luft überlassen will. Die gewonnenen Produkte lassen sich dann in geeigneten Ofen brennen und nehmen dauerhaft die Glasur an.

T. K.

Zu spät.

(Eine wahre Begebenheit.)

Der Herr Gewerbeinspektor K. besuchte auf seiner Inspektionsreise die Bruchgebiete im südlichen Thüringer Wald, wo die Verhältnisse noch sehr im argen liegen, und wo es selbstverständlich einen strengen Kampf kostet, endlich einmal die Bundesratsverordnung durchzuführen. Die Arbeitszeit beträgt trotz des klaren Wortlauts der Verordnung immer noch 10—11 Stunden. Arbeitsstunden sind noch nicht geschaffen, geschweige denn, daß Frühmüden und dergleichen mehr vorhanden wären. Die Arbeiter selbst sind durch die niedrigen Löhne gezwungen, die Verordnung zu umgehen. Als der Herr Gewerbeinspektor einige der Arbeiter über die Verhältnisse fragte, sagte ein Steinmetz, der durch das Wetter an Armen und Nacken braun gebrannt war und einer der kräftigsten zu sein schien: „Ach, Herr Inspektor, nehmen Sie es nicht so genau, es schadet nichts, wenn wir hier und da einige Stunden länger arbeiten; wenn schlechtes Wetter einbricht, dann können wir uns wieder ausruhen. Unsere Löhne sind eben auch nicht so hoch, so daß wir wohl oder übel gezwungen sind, länger zu arbeiten.“

Geändert wurde nichts, weil die Unternehmer wissen, daß eine Kontrolle nicht rentieren ist, und der Gewerbeinspektor nicht allzu oft dorthin kommen kann.

Zwei Jahre später kam der Herr Gewerbeinspektor wieder einmal nach dem Bruchgebiet, und er findet die Zustände genau noch so schlecht, wie zuvor. Er wendet sich wieder an die Arbeiter, um zu forschen, wie es heute ist. Da trifft er denn auch den Steinmetzen, der ihm vor zwei Jahren die denkwürdigen Worte gesagt hatte, und die er jetzt nicht mehr vergessen konnte: „Er solle es nicht so genau nehmen.“ Aber wie, in welchem Zustande; nicht mehr der junge, kräftige Mann, sondern eingefallen und gebeugt, um zwanzig Jahre älter scheinend. Er redet ihn an und erhält aus heiserer Kehle in abgebrochenen Sätzen zu hören: „Herr Inspektor, hätten wir es früher genauer genommen, dann hätte es heute noch besser um mich, aber es ist zu spät.“

Im Herbst, als das Laub zu fallen anfang, trug man wieder einmal einen Kollegen zum Friedhof, der zu spät eingekommen hatte, was ihn not tat.

†††

Freude zu stiften, so liegt es im Interesse der Allgemeinheit, dieselbe zu fördern. Das kann allerdings nicht durch die Parole geschehen: Der 1. Mai muß unter allen Umständen durch Arbeitsruhe gefeiert werden; sondern wie bei allen Bewegungen wird die Führung eines Kampfes von den jeweiligen örtlichen Verhältnissen abhängen. Den Orten in dieser Frage eine besondere Verantwortung durch Aufbringung der Mittel aufzuerlegen, fehlt jeder Grund. Mit demselben Rechte könnte sie auch bei Führung rein gewerkschaftlicher Kämpfe gefordert werden, womit jedoch das Eingeständnis der Ueberflüssigkeit der Zentralisation gegeben wäre.

Auf die Budgetbewilligung und ihre Folgeerscheinungen, sowie die übrigen Punkte des Parteitagess einzugehen, würde über den Rahmen des Gewollten hinausgehen. Ich beabsichtige nur, eine Diskussion über die Maifester in unserm Zentralorgan zu entfesseln, meine Stellung hierzu kurz dahin präzisierend: „Unterstützung der Maifester gemäß dem Statut § 5, Abs. 2.“
Ernst Winkler.

Verhältnisse in Nord und Süd.

Anlässlich des Nürnberger Parteitages schrieb der Steinarbeiter, es gibt keinen Unterschied zwischen Nord- und Süddeutschland. Aber unterfragen wir die Sache doch einmal näher, so finden wir eben traurige Unterschiede. Es sei von vornherein bemerkt, daß unsere Zentralleitung allerdings keine Schuld daran trägt, sondern die eigentümlichen Umstände werden in den eigenen Landesgewohnheiten und Landesitten begründet sein. Greifen wir da einmal die Schulverhältnisse heraus, so finden wir wohl, daß dieselben früher bedeutend besser waren als im Norden, aber die süddeutschen Staaten sind teilweise da stehen geblieben und heute haben sich die Volksschulen vollständig überlebt. Im Stundenplan fällt uns sofort die große Zahl der Religionsstunden auf. Die geistliche Schulaufsicht ist ebenfalls höchst verwerflich. Galten wir uns nun aber nicht länger bei derartigen Sachen auf.

Eins ist aber sicher, daß bei einer solchen Erziehung die Aufklärung viel schwerer unter die Massen zu tragen ist als unter gut oder wenigstens teilweise gut durchgebildeten Leuten. Sieht man sich beispielsweise unsere Verbandsbeamten an, so wird jedem sofort auffallen, daß dieselben, soweit sie Süddeutsche sind, ihre gewerkschaftliche Ausbildung fast durchgängig in Norddeutschland genossen haben. Erklärlich wird dies aber gleich etwas dadurch, daß ein tüchtiger Genosse im Norden auch auf den nötigen Rückhalt rechnen kann, während er im Süden verhältnismäßig im Stich gelassen oder gar noch ausgelacht wird. Nun kommt die lange Arbeitszeit im Süden, wo es manchen Befähigten noch daran fehlt, der rangelhaften Schulbildung nachzuhelfen.

Welche Gründe sind denn maßgebend, daß unsere Organisation beispielsweise im schlesischen Sandsteinrevier früher gleich festen Boden fand und instand war, die miserabelsten Verhältnisse zu meistern und nebenbei noch dem reichsten Alkoholgenuss zu steuern? Heute dürfen wir wohl behaupten, daß wir gerade in Schlesien die ausgefallensten Berufscollegen haben. Hier ist allerdings zu konstatieren, daß mit einer Zähigkeit und Ausdauer gearbeitet wurde und noch wird. Wir haben in Süddeutschland tüchtige Zahlstellen, welche als musterhaft bezeichnet werden können, das heißt in bezug auf Schlagfertigkeit und Opferwilligkeit. Wenn nun eingangs auf das Verhalten der 66 Delegierten vom Parteitag eingegangen wurde, so wäre das Ähnliche in unsern Zahlstellen im Süden festzustellen, und zwar dahingehend, daß Majoritätsbeschlüsse in Versammlungen von der Minderheit fast immer kaltblütig ignoriert werden. Wurde da vor nicht zu langer Zeit in einer Kunststeinmetropole der Beschluß gefaßt: „Wenn es ohne wirtschaftliche Schädigung nicht möglich ist, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, der Zahl 1. Mai von seinem Tagesverdienst an die Lokalkasse. Ein Mittel, die den Beschluß nicht befolgende Minderheit zu zwingen, ihren Pflichten nachzukommen, stand und steht heute noch nicht zur Verfügung, da am Orte der größte Teil indifferent ist. Alle Anstrengungen, diese Arbeitsfehlenden für uns zu gewinnen, waren bis jetzt erfolglos und dürfte die Zukunft auch in der Zukunft negativ ausfallen.“

Ähnliche Fälle lassen sich auf fast alle süddeutschen Zahlstellen beziehen. Was ist auch nicht schon in bezug auf die über alles Maß hinausgehenden Kritiker in den Versammlungen im Steinarbeiter geschrieben worden. Denn eine Sache, die keine Kritik verträgt, ist unter aller Kritik. Da gibt es Verbandskollegen in so mancher Zahlstelle, die sich den Grundsatz zum Prinzip genommen haben: „Berleumde nur fest drauf zu, etwas bleibt doch hängen.“ Dabei drücken sich aber solche Kritiker von jeder gewerkschaftlichen und politischen Arbeit und gehören lieber jedem Klubismus oder Speichbürgerverein an, um sich hier als Statisten gebrauchen zu lassen. Wohl nirgends ist die Vereinsmeierei so im Schwung als in Süddeutschland. Aber für die Gewerkschaft und die politische Partei langt es nicht. Greifen wir z. B. einmal Ulm heraus. Eine Stadt mit circa 55 000 Einwohnern hat mit Neu-Ulm, welches ebenfalls 10 000 Einwohner hat, nur 1700 (siebenzehnhundert) Gewerkschaftsmitglieder und nur 300 (dreihundert) sozialdemokratische Vereinsmitglieder. Dabei sind aber Christliche, Gelbe und Hirsch-Dundersche eigentlich ganz ohne Bedeutung. Die Parteipresse, das heißt die sozialdemokratische, wird gleichfalls in höchstens 300 (dreihundert) Exemplaren abonniert. Würden nun Ernsthfälle eintreten und die paar Männlein noch gestiftet, so würden wohl die meisten durchfallen. Vor sieben, acht Jahren lagen aber die Verhältnisse noch viel trauriger. Wie ganz anders sieht es da in Sachsen aus. Jede Stadt mit 10 000 bis 15 000 Einwohnern weist ganz erfreuliche Verhältnisse auf.

Nun ist aber nicht gesagt, daß sich die Organisationsverhältnisse nicht bessern ließen. Der Idealismus einzelner und die kolossale Ausdauer hat da seit Jahren doch schon so manchen Fortschritt herbeigeführt und es wird nicht gerührt werden, dies ist immerhin zu konstatieren.

Nirgends im Norden treffen wir auch die Harmoniebusellei wie im Süden. Jeder sucht Viehlein beim Unternehmer zu sein. Daraus erklärt sich nun auch der schlechte Versammlungsbefehl der paar Organisierten an einem Orte. Trotzdem die Versammlungen interessant gestaltet werden, kann es vorkommen, daß von 25 Verbandsmitgliedern vielleicht 6 in der Versammlung sind, und wenn man dann einmal die Versammlung wieder besucht, wird ein Krach veranstaltet und vielleicht gar die Versammlung gesprengt. Unter solchen Umständen ist es nicht verwunderlich, wenn der Wechsel unter den Vorstandsmitgliedern ein recht großer ist, was nämlich der Zahlstelle nichts weniger als von Nutzen ist. Wie man die Budgetwilliger verteidigen kann, ist mir unklar.

Eine Unmasse Sachen ließen sich noch anführen, aber die hier alle zu erörtern, wäre der Raum des Steinarbeiters zu kostbar. Nichten wir uns nach den Worten unseres alten Viehknicht: „Nicht betteln, nicht bitten, nur mutig gestritten, nicht kämpft es sich schlecht, für Freiheit und Recht.“
A u i n g e n (Württemberg). W i l h e l m S c h u l z e.

Anmerkung der Redaktion. Es ist nicht unsere Gewohnheit, hinter jedem Artikel, der nicht unserer Meinung entspricht, gleich mit einer Gegenpolemik aufzumarschieren. Aber hier müssen wir etliche Zeilen anschließen. Schon die Einleitung von Schulzes Artikel ist inkorrekt, denn wo steht denn das in Nr. 39: „Es gibt keinen Unterschied zwischen Nord- und Süddeutschland“? Wir haben die 4 1/2 Spalten daraufhin wiederholt gelesen, eine solche Stelle aber nicht gefunden. Zu Zukunft also genau zitieren.

Falsch ist es, daß im Norden die Schulen besser sind wie „da unten“. Es sei bloß auf Preußen und Westfalen bezogen.

Kann es noch schlechtere Schulen geben? Nur nicht immer blindlings darauf los schreiben, denn Schulze weiß genau, daß Preußen mit seinen Volksschulen auf der gleichen traurigen Höhe wie Bayern steht.

Der Hinweis auf die Verbandsbeamten besagt gar nichts. Die drei in Frage kommenden Kollegen sind als blutjunge Burschen in die weite Welt gezogen, haben sich Land und Leute besesehen, für alle Vorgänge im Gewerkschaftsleben ein großes Interesse gehabt, dabei sind die betreffenden von zu Hause aus keine blöden Kerle und so ist das Avancement im Steinarbeiterverband natürlich nicht so außerordentliches. Wir kennen viele Genossen aus dem Süden, die im Norden in wichtigen Parteistellungen tätig sind. Sie stellen ihren Mann und die Ausbildung wurde ihnen nicht im Hohengollernlande zuteil.

Die Schlagfertigkeit der schlesischen Zahlstellen in Ehren, wir können den Ruhm der Schlesier schon deshalb nicht verkleinern, weil wir dort selbst jahrelang den Knüppel mit großer Lust und Freude geschwungen haben. Im großen Bunzlauer Steinbruchgebiet kommen aber nur zugewanderte Steinmessen in Frage. Keine zwei Duzend der Beschäftigten wurden mit Hoberwasser getauft. Wer aus dem finsternen Winkel nach dort kommt, wird ein tüchtiger, tätiger Kollege werden müssen. Das ist ja für Schlesien der günstigste Faktor, daß die Unternehmer „keinen seßhaften Arbeiterstamm“ besitzen.

Der Steinarbeiter hat das Gebaren der bekannten Nürnberger „66“ scharf beurteilt, und zwar mit Hinweis auf die Gefahren der gewerkschaftlichen Disziplin. Solche Extratänge wurden von den süddeutschen Kollegen allerdings schon öfters gewünscht, die Verbandsleitung hat aber für solche Sonderwünsche mit Recht kein Verständnis gehabt.

Wenn im Süden die Industrialisierung einmal solche Fortschritte aufweist wie in Sachsen, dann kann naturgemäß auch die Gewerkschaftsbewegung und die Sozialdemokratie glänzende Fortschritte machen. Grund der starken Bevölkerungsziffer ist Sachsen schon ein andres Rekrutierungsgebiet um für uns Anhänger zu werben, als der schwächer bevölkerte Süden.

Wir streben danach, die straffe Gewerkschaftsorganisation von Nord nach Süd zu übertragen. Bei unsern Aktionen lassen wir uns nicht im geringsten von etwaigen partikularistischen Bestrebungen leiten, strengste Disziplin haben die Kollegen allerorts zu halten. Deswegen konnten wir das Auftreten der Budgetwilliger in Nürnberg nicht gut heißen, weil die Minderheit die überaus große Mehrheit der Parteigenossen tyrannisieren wollte. Gegenüber den „66“ schrieben wir in der Nr. 39 klar und deutlich folgendes:

„Wenn eine Minderheit in der Partei sich eine solche Strupellosigkeit erlauben will, dann kann morgen im Gewerkschaftsleben dieselbe Theorie aufgestellt werden. Seht, Kollegen, ein ganz verhängliches Spiel.“

Partei- und Gewerkschaftsbeamte unterstehen der Kritik ihrer Auftraggeber, die Parlamentarier der Kontrolle der Partei. Parteitagresolutionen, auch wenn sie ein Tadelvotum enthalten, gelten nicht nur für die einfach schlichten Genossen — nein auch diejenigen, die mit dem Deforum der Abgeordnetenwürde bekleidet sind, haben sich zu fügen. Glauben die süddeutschen Landtagsabgeordneten, daß die Lübecker Resolution für ihre Tätigkeit eine Kugel am Bein sei, dann mag auf den Parteitagen auf die Außerkurssetzung genannter Resolution hingewirkt werden. Das ist der einwandfreie Weg, welcher zu beschreiten wäre.“

Kollege Schulze hat sich in seinem Artikel zu sehr von Einzelheiten leiten lassen und er kam deshalb mehrmals zu Erregungsschlüssen. Aber deshalb braucht sich unser Freund im Schwabenland die fernere Mitarbeiterschaft am Steinarbeiter nicht verleiden lassen.

Zur Aussperrung in Hannover.

Der Kampf der Steinarbeiter in Bredeneb und Gmelingspringe um Einführung eines Tarifs bei der Firma Chr. Mensing ließ von vornherein erkennen, daß derselbe nach Hannover übergrreifen würde. Die Kollegen der Firma S. Mensing Hannover beschäftigten sich denn auch in einer Sitzung am 24. September im Beisein des Gauleiter Viemig und dem Vorsitzenden der Zahlstelle mit der Frage, welche Arbeit als Streikarbeit für sie in Betracht komme. Aus der Diskussion ging hervor, daß die Anfertigung von Bauarbeit als Streikarbeit zu betrachten sei.

Am 25. September, früh, wurde dann von zwei Kollegen auf dem Plage und zwei Kollegen am Bau die Arbeit eingestellt. Hierauf legte Herr S. Mensing einigen Steinbauern seines Betriebes einen Vertrag über anguliefernde Arbeit zum Elektrizitätswerk vor, welcher beweisen sollte, daß es keine Streikarbeit sei, sondern seine eigene, welche mit der Firma Chr. Mensing-Bredeneb absolut nichts zu tun habe. Die betreffenden Kollegen verwiesen Herrn Mensing an die am Ort befindliche Schiedskommission.

Am Abend desselben Tages beschloß die Vereinigung der Hannoverischen Steinmessen, über die Köpfe der bestehenden Schiedskommission hinweg, sämtliche bei ihnen beschäftigten Steinmessen am Dienstag, 29. September, auszusperrn, falls die bei der Firma S. Mensing in Betracht kommenden Steinmessen am Montag, den 28. September, die Arbeit nicht wieder aufnehmen würden. Trotz Vorstelligwerden zweier Arbeitnehmerbesitzer der Schiedskommission wurde die Aussperrung am Dienstag zur Tatsache.

Am Tage der Aussperrung beschäftigte sich eine Versammlung der hiesigen Zahlstelle mit der Unternehmermaßnahme. Nach Klarstellung der Situation wurde eine Resolution angenommen, welche besagt, daß die Aussperrung zu unrecht geschehen sei und der Vorsitzende der Meistervereineung aufgefordert wird, eine Schiedskommissionsitzung stattfinden zu lassen.

Mittwoch, den 30. September, verhandelte und einigte sich der Gauleiter Viemig mit dem Vorsitzenden der Vereinigung auf folgender Grundlage: „Wenn die Kollegen bei der Firma S. Mensing die verweigerte Arbeit auf dem Plage wieder aufnehmen, ist die Aussperrung sofort aufgehoben.“ Der Gauleiter hat darauf die Kollegen, ohne einen Beschluß herbeizuführen, zur Arbeitsaufnahme veranlaßt. Nachdem der Vorstand der Zahlstelle von Viemig in Kenntnis gesetzt war, veranlaßte derselbe eine Sitzung der Schiedskommission, die sich am Freitag, den 2. Oktober, mit der Aussperrung befakte. In dieser wurde den Arbeitnehmern der Vertrag vorgelegt, aus welchem ersichtlich war, daß die Arbeit an das Elektrizitätswerk von der Firma S. Mensing-Hannover übernommen sei.

In der am 3. Oktober stattgefundenen Versammlung wurde über die Aussperrung diskutiert und im allgemeinen die Handlung des Gauleiters gerügt. Er habe ohne jegliche Ursache der Aussperrung zu schnell das Genid gebrochen; aus diesem Grunde war das Anfangen nach der Einigung ein recht disziplinloses, Viemig hat im Automobiltempo die ganze Angelegenheit eigenmächtig erledigt, welches gerade nicht günstig für die hiesige Zahlstelle und deren Vorstand angesehen werden kann. Sodann wurde noch über das eigenartige Entlassungssystem am hiesigen Rathausneubau gesprochen. Die Bildhauer Leichsenring u. Vohß beschäftigten mehrere Steinmessen auf Rechnung der Firma Wimmel u. Co. in Berlin auf französische Kalksteinarbeit. Unter den Steinmessen befand sich auch der Leiter der Zahlstelle, Kollege B. Am Bau befindet sich ein Bauaufseher welcher, nach seinem Benehmen zu urteilen, ein großer Feind der Arbeiterbewegung ist. Mitte August fand dort am Bau eine kleine sachliche Auseinandersetzung zwischen einem Kollegen und dem Vorsitzenden statt, welche den Aufseher veranlaßte, den Kollegen zu fragen, was er mit dem Vorsitzenden vorhabe,

er solle es nur sagen: es koste ihm (dem Aufseher) nur ein Wort, dann kommt der B. vom Bau. Einige Stunden später wurde auch schon Kollege B. nach einem andern Bau geschickt, wahrscheinlich um ihn leichter Feierabend geben zu können. Es dauerte auch nicht lange, da war der Bauaufseher wieder bei dem Kollegen und teilte demselben mit, daß sein Kollege B. schon fortgeschickt sei, es würde nicht lange dauern, dann würde er vom Bildhauer entlassen. Diese angegebenen Äußerungen haben sich bestätigt, indem Kollegen B. am Sonnabend, den 26. September, gesundigt worden ist mit der Begründung, „daß am Rathaus keine Arbeit für ihn mehr sei“. Trotzdem wurde aber einen Tag früher ein fremder Kollege noch eingestellt. Sehr eigenartig ist das Benehmen der Bildhauer Leichsenring u. Vohß. Beschämend ist weiter, daß der Polier bei der Firma Wimmel u. Co. sich vom Bauaufseher ins Schlepptau nehmen läßt.

Die Gewerksvereine 1907.

Lange haben die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine gedögert, ihren Jahresbericht für 1907 zu veröffentlichen, aber wenn man den endlich in der Nr. 65 des Gewerksverein abgedruckten Bericht liest, dann wird das Bözern verständlich, denn es sieht bei den Hirschen geradezu trostlos aus. Das Jahr 1907 war für die Gewerkschaften im allgemeinen wenig günstig, und man durfte auf ein Wachstum der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine in diesem Jahre um so weniger rechnen, als sie an dem Fortschritt, den die Gewerkschaften anderer Richtungen in der Zeit des guten Geschäftsganges erzielten, nur in äußerst bescheidenem Maße teilgenommen hatten. Einen so fluchtartigen Abfall der Mitglieder, wie er tatsächlich eingetreten ist, hätten wir aber doch nicht erwartet. Ueber den Mitgliederstand der einzelnen Gewerksvereine am Ende des Jahres 1907, verglichen mit den Zahlen aus dem Vorjahre, gibt die nachstehende Tabelle Auskunft:

Name des Gewerksvereins	Mitgliederzahl		Zu (+) oder Abnahme (-) gegen 1906
	Ende 1906	Ende 1907	
Maschinenbau- u. Metallarbeiter	48 199	40 700	- 7 499
Kaufleute	18 623	19 933	+ 1 310
Fabrik- und Handarbeiter	17 133	15 846	- 1 287
Textilarbeiter	6 299	6 107	- 192
Holzarbeiter	6 994	5 805	- 1 189
Vergarbeiter	5 300	5 254	- 46
Schneider	4 050	4 534	+ 484
Vergarbeiter	2 509	2 113	- 396
Löhner	1 774	1 672	- 102
Graphische Berufe	1 899	1 586	- 313
Tabakarbeiter	1 900	1 580	- 320
Bauhandwerker	1 222	1 016	- 206
Brauer	683	875	+ 192
Frauen und Mädchen	792	698	- 94
Bildhauer	451	374	- 77
Schiffszimmerer	251	314	+ 63
Konditoren	298	185	- 113
Selbständige Berufe	—	117	+ 117
Steinarbeiter	—	112	+ 112
Kellner	84	48	- 36
Reppschläger	47	47	—
Handelshilfsarbeiter	—	23	+ 23
Zusammen	118 508	108 889	- 9 619

Die Gesamtzahl der Mitglieder ist also von 118 508 auf 108 789 zurückgegangen; das bedeutet einen Verlust von 9619 Mitgliedern oder 8,1 Prozent. Dabei sind noch einige Gewerksvereine mitgerechnet, die gar keinen Bericht eingesandt haben, so daß es zweifelhaft ist, ob sie am Jahreschluss noch existierten.

Interessant ist, daß im Gewerksverein ganze 112 beständige Steinarbeiter organisiert sind, und welche Sprüche wurden im Gewerksverein über den immensen Zulauf aus Steinarbeiterkreisen geübt. Jetzt müssen die Hirsch-Dunderschen Mannen selbst zugeben, daß hinter der ganzen Aufdröhrei nichts dahinter steckt. Unsere Kollegen in W a r t h a u werden nun den Lügenmäulern leicht die gebührende Antwort geben können.

An Mitgliedern gewonnen haben nur die Gewerksvereine der Kaufleute, der Schneider, der Brauer und der Schiffszimmerer, alle andern sind zurückgegangen und teilweise ganz rapid. Wenn man von den Zwergorganisationen der Konditoren und der Kellner abliest, bei welchen der Verlust 54,6 bzw. 42,8 Prozent der vorjährigen Mitgliederzahl ausmacht, dann hat der Gewerksverein der Holzarbeiter die verhältnismäßig stärkste Einbuße erlitten. Die Mitgliederzahl ging von 6994 auf 5805 zurück; der Verlust beträgt also 1189 Mitglieder oder volle 17 Prozent. Die absolut größte Einbuße hat der Gewerksverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter erlitten, der 7499 oder 15,5 Prozent seiner Mitglieder verloren hat. Bei den Vergarbeitern beträgt der Verlust 15,7 Prozent, bei den graphischen Berufen 16,4 Prozent, bei den Tabakarbeitern und den Bauhandwerkern je 16,8 Prozent usw. Kurzum, die Gewerksvereine haben im Jahre 1907 solche Verluste erlitten, daß es zweifelhaft ist, ob sie sich jemals wieder von ihnen erholen. Das wird aber die Hirsche nicht hindern, auch künftig in ihren Organen den Mund recht voll zu nehmen und eine Sprache zu führen, als ob sie die maßgebende Rolle in der Industrie spielen.

Der Bearbeiter der Gewerksvereinstatistik ist allerdings eifrig bemüht, seinen Getreuen Mut einzufößen und sie, so gut es geht, über den faulen Stand der Organisation hinweg zu täuschen. Er sagt in seiner Anmerkung, daß die Gesamtmitgliederzahl „etwas zurückgegangen“ sei, und tröstet sich mit der Zunahme, die der Gewerksverein der Kaufleute in dieser höflichen Zeit erfahren hat. Besonders stolz ist er auf das Vermögen der Gewerksvereine, und eine sich auf die letzten sieben Jahre erstreckende Zusammenstellung der Mitgliederzahlen, des Gesamtvermögens und des auf den Kopf des Mitglieds entfallenden Anteils, das nennt er ein „gewichtiges Agitationsmaterial“. Gar so gewichtig ist der Betrag von 1 416 554,93 Mark in den Hauptkassen aller Gewerksvereine allerdings nicht, aber man weiß sich zu helfen. Man zählt das Vermögen der durchaus unabhängig vom Gewerksverein verwalteten Krankens- und Begräbniskassen hinzu und kommt so zu einer Gesamtsumme von 3 968 943,90 Mark. Auf den Kopf des Mitglieds berechnet, ergibt das ein Vermögen von 36,45 Mark, während der Anteil pro Kopf im Jahre 1906 nur 30,60 Mark und 1905 gar nur 29,86 Mark betragen hat. Wenn die Hirsche auf diese Vermögenssteigerung pro Kopf des Mitglieds so stolz sind, dann wollen wir ihnen das Vergnügen gern gönnen. Wir sind sogar überzeugt, daß diese Quote in den nächsten Jahren noch eine bedeutende Steigerung erfahren wird, und zwar wird diese Steigerung um so höher sein, je mehr die Mitgliederzahl zurückgeht. Mögen also die Gewerksvereine nur dem Rat ihrer Zentralleitung folgen und mit ihrem Mitgliederchwund agitieren, der den Anteil des einzelnen am Gesamtvermögen so stark steigert. Bei solchem Agitationsmaterial kann der „Erfolg“ nicht ausbleiben.

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!